

Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland

Herwig Birg

Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums
des Innern

Prof.Dr. Herwig Birg
Institut für Bevölkerungsforschung
und Sozialpolitik (IBS)
der Universität Bielefeld
Postfach 100131
D-33501 Bielefeld

Tel.: 0521/106-5161 oder 5162
Fax: 0521/106-6009
e-mail: Herwig.Birg@uni-bielefeld.de

Bielefeld, Dezember 2001

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Die demographisch-ökonomische Entwicklungsdynamik der Industrie- und Entwicklungsländer	1
2. Auswirkungen alternativer Wanderungsszenarien und Geburtenraten auf die demographische Entwicklung Deutschlands in der Zukunft	6
2.1 Auswirkungen auf die absolute Bevölkerungszahl	6
2.2 Auswirkungen auf die Altersstruktur	10
2.3 Auswirkungen auf den Anteil der Zugewanderten an der Bevölkerung	11
3. Das Gewicht der nicht quantifizierbaren politischen Kosten der Zuwanderung	14
4. Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotential und das Wirtschaftswachstum	16
4.1 Arbeitskräftepotential	16
4.2 Wirtschaftswachstum	18
5. Gesellschaftliche Kosten	20
5.1 Die fiskalische Umverteilung von den Einheimischen zu den Zugewanderten	20
5.2 Auswirkungen auf das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau	22
6. Das Wachstum der zugewanderten und der Rückgang der einheimischen Bevölkerung in regionaler Perspektive	23
7. Die Pflicht gegen uns selbst	26
Schaubilder 1-18	30-47
Tabellen 1-3	48-52

1. Die demographisch-ökonomische Entwicklungsdynamik der Industrie- und Entwicklungsländer

Die rd. 180 Länder der Welt folgten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts trotz aller Unterschiede hinsichtlich ihrer geschichtlichen und kulturellen Voraussetzungen einem relativ regelstabilen Entwicklungsschema, das mit den Metaphern „Zirkel der Armut“ (Entwicklungsländer) bzw. „Zirkel des Reichtums“ (Industrieländer) bezeichnet wird. Im Jahr 1950 umfaßte die Weltbevölkerung rd. 2,5 Mrd. Menschen, davon entfielen 67,7% auf die Entwicklungsländer. In den meisten Entwicklungsländern verhinderte die hohe Wachstumsrate der Bevölkerung einen raschen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens – eine der wesentlichen ökonomischen Voraussetzungen für einen Rückgang der Geburtenrate und der Wachstumsrate der Bevölkerung. Nur wenigen Entwicklungsländern wie Süd-Korea, Taiwan und Singapur gelang es, durch eine Erhöhung der Investitionsquote die Arbeitsproduktivität und das Pro-Kopf-Einkommen so stark zu steigern, daß die Geburtenrate und die Wachstumsrate der Bevölkerung schnell abnahmen. Die überwiegende Mehrheit der Entwicklungsländer erreichte jedoch das für den Ausbruch aus der „Armutsfalle“ erforderliche Niveau des Pro-Kopf-Einkommens nicht. Deshalb ging die Wachstumsrate der Bevölkerung nur langsam zurück, und die Weltbevölkerungszahl erhöhte sich in den folgenden Jahrzehnten bis zum Jahr 2000 von 2,5 auf 6,1 Mrd. Menschen.

In Deutschland und in den anderen Industrieländern, deren Anteil an der Weltbevölkerung zwischen 1950 und 2000 von 32,3% auf 19,7% sank, bewirkte der „Zirkel des Reichtums“, daß die Wachstumsrate des Volkseinkommens ständig über der Wachstumsrate der Bevölkerung lag, so daß sich das Pro-Kopf-Einkommen stetig erhöhte. Das wachsende Pro-Kopf-Einkommen ermöglichte eine hohe Spar- und Investitionsquote, wodurch die Arbeitsproduktivität als Motor zusätzlicher Einkommenssteigerungen anstieg usf.

Das Einkommensniveau ist neben dem Ausbildungsniveau der Bevölkerung und der Lebenserwartung einer der aussagekräftigsten Indikatoren zur Messung des Entwicklungsstandes eines Landes. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich im Zuge des weltweiten Entwicklungsprozesses sowohl das Pro-Kopf-Einkommen als auch das Ausbildungsniveau der Bevölkerung und die Lebenserwartung permanent erhöht. Gleichzeitig ist die Geburtenrate, gemessen als Kinderzahl pro Frau (Total Fertility Rate), in allen Kontinenten um rd. 50% zurückgegangen. Unter den verschiedenen Indikatoren des Entwicklungsstandes ist die Lebenserwartung ein besonders aussagekräftiges

und anschauliches Maß, mit dem sich viele Einflußfaktoren zusammenfassen lassen. Vergleicht man den an Hand der Lebenserwartung gemessenen Entwicklungsstand eines Landes mit der Kinderzahl pro Frau, dann zeigt sich im internationalen Vergleich ein gegenläufiger Zusammenhang: Je höher der Entwicklungsstand eines Landes, desto niedriger ist die Geburtenrate. Der Zusammenhang ist für die 30 größten Länder der Welt, auf die 80% der Weltbevölkerung entfallen, in *Schaubild 1* (S. 30) abgebildet.

Deutschland befindet sich mit Spanien und Italien in der Ländergruppe mit den weltweit niedrigsten Kinderzahlen pro Frau. In *Schaubild 2* (S. 31) ist der Zusammenhang zusätzlich im Zeitablauf zwischen 1970 und 2000 für die einzelnen Kontinente dargestellt: In allen Kontinenten nahm die Kinderzahl pro Frau mit zunehmendem Entwicklungsstand ab. In Afrika wird der grundsätzliche Zusammenhang durch die Aids-Pandemie überlagert. Der ohne Aids zu erwartende Zuwachs der Lebenserwartung trat dort nicht ein, so daß die Kurve für Afrika nahezu senkrecht abfällt. Auch die Kurve für Europa nimmt durch die hohe Sterblichkeit der Männer in Rußland einen irregulären, steil abfallenden Verlauf, während die alternative Kurve für Europa ohne Rußland die in allen Kontinenten beobachtete Richtung zeigt.

Wie lassen sich die hier dargestellten Befunde deuten? Die Interpretation ist nicht nur von theoretischem, sondern auch von praktischem Interesse, wenn aufbauend auf den Beschreibungen der Entwicklung in der Vergangenheit Vorausberechnungen für die Zukunft durchgeführt werden sollen. Denn für jede Vorausberechnung werden Annahmen über die Kinderzahl pro Frau in der Zukunft und über die künftige Entwicklung der Lebenserwartung sowie der Ein- und Auswanderungen benötigt, die ohne ein theoretisches Verständnis der beschriebenen Sachverhalte nur willkürlich getroffen werden können. Die für eine befriedigende, inhaltlich begründete Annahmensetzung erforderliche theoretische Durchdringung der beschriebenen Entwicklungsverläufe wurde in der Bevölkerungswissenschaft geleistet; sie liegt vor in der Form der Theorie der demographischen Transformation, deren Gültigkeitsbereich bis etwa zur Mitte der 70er Jahre reicht, sowie in der Form der biographischen Theorie der demographischen Reproduktion, deren Reichweite die moderne, gegenwartsnahe und die überschaubare künftige Entwicklung einschließt.¹

1 J.C. Chesnais, *The Demographic Transition – Stages, Patterns and Economic Implications*, Oxford 1992. H. Birg., *Die demographische Zeitenwende – der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, München 2001, Kapitel 3-5, S. 42ff.

Die Theorie der menschlichen Fortpflanzung muß außerordentlich komplexen Tatbeständen Rechnung tragen, die ein breites Spektrum von Faktoren umfassen und von biologisch-physiologischen über ökonomisch-soziale bis zu philosophischen und religiösen Aspekten reichen, denn alle Lebensumstände und Ereignisse, die den Lebenslauf eines Menschen beeinflussen können, kommen prinzipiell auch als Antworten auf die Frage in Betracht, ob und in welchem Maße die Menschen das Leben durch ihre Kinder an die nächste Generation weitergeben. Für den Ersatz der Elterngeneration durch deren Kinder sind in entwickelten Gesellschaften wie Deutschland 2,13 Lebendgeborene pro Frau erforderlich. Diese sogenannte Ersatzrate der Fertilität ist deshalb nur wenig höher als zwei, weil bei dieser niedrigen Mortalität 98% der geborenen Frauen den sogenannten Bereich des gebärfähigen Alters (15-45 Jahre) ganz durchleben, sich also nahezu alle biologisch gesehen fortpflanzen können.

In Deutschland haben gesellschaftliche Reformen wie die seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts eingeführte und seitdem schrittweise verbesserte Rentenversicherung, die Arbeitslosen- und Krankenversicherung und neuerdings die Pflegeversicherung dazu beigetragen, daß schließlich niemand mehr eigene Kinder haben mußte, um gegen die existentiellen Lebensrisiken infolge von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Verlust des Lebenspartners abgesichert zu sein. Im Zuge dieser sozialpolitischen Reformen ist die Geburtenrate der deutschen Bevölkerung in Deutschland auf rd. 1,2 Lebendgeborene pro Frau gesunken.

Die kollektive, immer lückenlosere Absicherung der individuellen Lebensrisiken eröffnete den Menschen eine relativ freie Wahl ihres persönlichen Lebensentwurfs aus einer wachsenden Vielfalt von biographischen Optionen. Die Lebensentscheidungen zugunsten von Biographien mit Kindern gerieten dabei vor allem in jenen Industrieländern ins Hintertreffen, in denen die auf Grund der hohen Einkommen besonders attraktiven ökonomischen Ziele über die konkurrierenden Leitbilder der Lebensplanung dominierten. Zugespitzt formuliert läßt sich sagen: Je höher das in einem Land mit einem bestimmten Lebenslauf durch Erwerbsarbeit erzielbare Pro-Kopf-Einkommen ist, desto teurer sind Kinder auf der Meßlatte des erzielbaren Einkommens, wenn eine Frau wegen eines ungenügenden aushäusigen Betreuungsangebots für Kinder gezwungen ist, sich entweder für Kinder oder für Erwerbsarbeit zu entscheiden. Es ist daher nur auf den ersten Blick paradox, daß zwischen dem Entwicklungsstand eines Landes bzw. zwischen einem hohen Pro-Kopf-Einkommen einerseits und der Kinderzahl pro Frau andererseits der in den *Schaubildern 1* und *2* (S. 30-31) dargestellte, gegenläufige Zusammenhang besteht. Dieses weltweite, in nahezu allen Ländern unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Ver-

fassung und Kultur wirksame demographisch-ökonomische Paradoxon wird durch die ökonomische Globalisierung tendenziell verstärkt. Dabei gibt es so gut wie keine empirischen Anhaltspunkte dafür, daß mögliche Rückschläge beim erwarteten bzw. tatsächlichen Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in der Zukunft einen Wiederanstieg der Geburtenrate bewirken würden. Der gegenläufige Zusammenhang zwischen der Kinderzahl pro Frau und dem Pro-Kopf-Einkommen gilt wahrscheinlich nicht in beiden Richtungen. Daß sich in Zukunft einmal ein Zusammenhang herausbilden könnte, der auch in umgekehrter Richtung wirkt und in der Phase einer ökonomischen Krise zu einem Wiederanstieg der Geburtenrate führt, kann für die überschaubare Zukunft ausgeschlossen werden, jedenfalls so lange das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens – wenn auch vermutlich mit niedrigeren Wachstumsraten – weiter anhält.

Untergliedert man die Geburtenrate nach Geburtsjahrgängen von Frauen, und bildet man innerhalb jedes Geburtsjahrgangs Teilgruppen mit zeitlebens null bzw. einem, zwei, drei bzw. vier und mehr Kindern, dann zeigt sich, daß der Rückgang der Kinderzahl pro Frau von Jahrgang zu Jahrgang vor allem auf dem Anstieg des Anteils der zeitlebens kinderlosen Frauen an einem Jahrgang beruht. So blieb z.B. der Jahrgang von 1940 nur zu rd. 10,6% zeitlebens kinderlos, bis zum Jahrgang von 1965 ist dieser Anteil jedoch auf 32,1% gestiegen (s. auch *Tabelle 1*, S. 48). Parallel dazu nahm die Kinderzahl pro Frau vom Jahrgang 1940 bis zum Jahrgang 1965 von 1,97 auf 1,48 ab. Bei jener Teilgruppe der Frauen, die überhaupt Kinder hatten, blieb jedoch die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von Jahrgang zu Jahrgang mit rd. zwei Kindern nahezu konstant:

<i>Jahrgang</i>	<i>Anteil der Kinderlosen</i>	<i>Kinderzahl pro Frau für alle Frauen des Jahrgangs¹⁾</i>	<i>Kinderzahl pro Frau für die Teilgruppe mit Kindern</i>
1940	10,6%	1,97	2,17
1945	13,0%	1,78	2,04
1950	15,8%	1,70	2,03
1955	21,9%	1,61	2,07
1960	26,0%	1,57	2,13
1965	32,1%	1,48	2,18

1) Herwig Birg/E.-Jürgen Flöthmann: Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- bzw. Transferquotienten zwischen den Generationen. Forschungsbericht im Auftrag der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" des Deutschen Bundestages. IBS-Materialien, Bd. 38, Universität Bielefeld, Bielefeld 1996, Tabelle 4, S. 35.

Dieser Befund verdeutlicht, daß sich die Gesellschaft von Jahrgang zu Jahrgang in zwei divergierende Teilsektoren spaltet - in einen demographisch nicht reproduktiven, zeitlebens kinderlos bleibenden Sektor und in einen demographisch reproduktiven Familiensektor mit Kindern, bei dem im Durchschnitt zwei Kinder pro Frau entfallen. Innerhalb des Familiensektors ist der Familientyp mit zwei Kindern wesentlich häufiger als der Familientyp mit einem Kind. So hatten z.B. 17,6% der Frauen des Jahrgangs 1965 ein Kind, 31,1% hatten zwei, 11,1% drei und 8,1% vier oder mehr Kinder (*Tabelle 1, S. 48*).

Diese Fakten widerlegen die verbreitete Ansicht, daß die Ein-Kind-Familie die typische Familie in Deutschland sei. Die häufigste bzw. typische Familienform ist immer noch die Zwei-Kinder-Familie. Wenn sich die Menschen überhaupt für die Familie als Lebensform entscheiden, haben sie in der Regel zwei Kinder, nicht eines. Das Problem besteht darin, daß die Entscheidung für die familiäre Lebensform immer seltener getroffen wird, so daß der Anteil der zeitlebens Kinderlosen bei der deutschen Bevölkerung immer noch von Jahrgang zu Jahrgang zunimmt. Es ist nicht auszuschließen, daß die lebenslange Kinderlosigkeit auf ein Niveau von rd. 40% an einem Jahrgang ansteigt. Wollte man dann eine bestandserhaltende Geburtenrate von rd. zwei Kindern pro Frau erreichen, müßten die übrigen 60% der Frauen des Jahrgangs pro Frau 3,5 Kinder zur Welt bringen. Selbst in den Entwicklungsländern betrug die Kinderzahl pro Frau im Zeitraum 1995-2000 nur noch 3,1. So gesehen ist es ein außerordentlich ehrgeiziges, wenn auch erstrebenswertes Ziel, zu einer bestandserhaltenden Geburtenrate von zwei Kindern pro Frau zurückzukehren. Um das Ziel zu erreichen, müßte sich die Familienpolitik vor allem auf einen Abbau der lebenslangen Kinderlosigkeit konzentrieren, denn bei der Gruppe der Frauen mit Kindern hat die Kinderzahl pro Frau schon das ideale Niveau von zwei.

Im Hinblick auf die Frage der Zuwanderungspolitik ist von großer Bedeutung, daß die weitaus meisten Zuwanderer zum reproduktiven Sektor der Gesellschaft gehören. Bei den Deutschen betrug die Kinderzahl pro Frau am Ende des 20. Jahrhunderts 1,2, bei den Zugewanderten 1,9, wobei die aus europäischen Herkunftsländern Zugewanderten eine ähnlich niedrige oder noch niedrigere Kinderzahl pro Frau hatten wie die deutsche Bevölkerung. Bei den aus der Türkei und aus anderen Ländern der Dritten Welt Zugewanderten lag die Kinderzahl pro Frau über zwei, und zwar nachdem sich ihre Geburtenrate an das niedrigere Niveau der deutschen Bevölkerung angenähert hatte. Größere Familien mit vier und mehr Kindern gibt es relativ häufig bei der zugewanderten Bevölkerung und immer seltener bei den Deutschen. So entfielen z.B. im Jahr 1992 von

den Kindern, die als Vierte, Fünfte oder weitere Kinder zur Welt kamen, 41% auf ausländische Frauen, obwohl der Ausländeranteil an der Bevölkerung nur rd. 8% betrug.¹

2. Auswirkungen alternativer Wanderungsszenarien und Geburtenraten auf die demographische Entwicklung Deutschlands in der Zukunft

2.1 Auswirkungen auf die absolute Bevölkerungszahl

(a) Simulationsrechnungen ohne Wanderungen

In der Europäischen Union betrug die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau am Ende des 20. Jahrhunderts rd. 1,5 (= Durchschnitt der 15 Mitgliedsländer im Zeitraum 1995-05). Über dem Durchschnitt lagen die Länder Irland (1,92), Dänemark (1,74), Frankreich (1,73) und England (1,70), im Mittelfeld die Länder Belgien (1,55), Holland (1,54) und Schweden (1,51), während die südeuropäischen Länder Spanien (1,16), Italien (1,20) und Griechenland (1,30) zusammen mit Österreich (1,36) und Deutschland (1,33) das Schlußlicht bildeten.²

Bevölkerungsvorausrechnungen für die 15 Mitgliedsländer der EU, die unter der fiktiven Annahme berechnet wurden, daß keine Ein- und Auswanderungen stattfinden, führen bei konstanten bzw. leicht zunehmenden Geburtenraten und bei einer wachsenden Lebenserwartung zu dem Ergebnis, daß die absolute Bevölkerungszahl der EU von 1998 bis 2050 von 375,3 Mio. auf 296,4 Mio. zurückgeht. Danach setzt sich der Schrumpfungsprozeß fort: Die Bevölkerungszahl nimmt bis 2100 auf 183,8 Mio. ab.³ Der Rückgang beruht auf zwei gegenläufigen Veränderungen, auf der Zunahme der Bevölkerung im Alter von 60 und mehr bei einer gleichzeitigen Schrumpfung der Bevölkerung in den mittleren und jüngeren Altersklassen. Dadurch ändert sich der Bevölkerungsaufbau, die Bevölkerungspyramide der EU wird zum Bevölkerungspilz, bei der die Altersklassen über 70 am stärksten besetzt sind. Im Jahr 1998 gehörte jeder zweite Einwohner der EU zur Altersgruppe 38 oder älter, dieses als „Medianalter“ bezeichnete Durchschnittsalter nimmt in der EU von 1998 bis 2050 um 12 Jahre auf 50 Jahre zu. In Deutschland steigt das Medianalter bis 2050 von 39 auf 52 Jahre, in Italien von 39 auf 56 und in Spanien von 36 ebenfalls auf 56.

1 Birg/Flöthmann, Entwicklung der Familienstrukturen, a.a.O., Tabelle 1, S. 11.

2 UN (Ed.), World Population Prospects – The 2000 Revision, Highlights, New York 2001, Tabelle 3, S. 31f.

3 H. Birg, Die demographische Zeitenwende, München 2001, Tabelle 8, S. 124.

Ein Vergleich der vorausberechneten Altersstruktur zwischen der EU und Deutschland zeigt große Ähnlichkeiten (*Schaubilder 3 u. 4*, S. 32 u. 33). Eine starke Bevölkerungsschrumpfung bei gleichzeitiger Alterung ist auch in den ost-mitteleuropäischen Ländern bzw. in den prospektiven Beitrittsländern der EU zu erwarten, denn dort ist die Geburtenrate auf ein ähnliches Niveau wie in den Ländern der EU gesunken (Polen (1,46), Slowenien (1,40), Slowakei (1,40), Ungarn (1,37)). Noch niedrigere Geburtenraten haben inzwischen Rußland (1,23) und die Ukraine (1,26).

Es ist wichtig, zu erkennen, daß die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland auch bei einer konstanten und sogar bei einer auf das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Lebendgeborenen pro Frau zunehmenden Geburtenrate unvermeidlich ist, denn sie beruht in erster Linie auf der zurückgehenden Zahl potentieller Eltern, die der Geburtenrückgang in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten jetzt zwangsläufig nach sich zieht, nicht etwa auf einer angenommenen weiteren Abnahme der Geburtenzahl pro Frau. Durch diesen als „Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung“ bezeichneten Prozeß wird sich das Geburtendefizit in der Zukunft vervielfachen (*Schaubild 5*, S. 34).

Der durch den Geburtenrückgang in der Vergangenheit verursachte künftige Bevölkerungsrückgang läßt sich durch die Bevölkerungssimulationsrechnungen beschreiben, die der Verfasser unter alternativen Annahmen über einen eventuellen Wiederanstieg der Geburtenrate bis zum Jahr 2100 durchführte.¹ Wenn die Geburtenrate auf dem Niveau des Jahres 1995 konstant bleibt (1,25 Lebendgeborene pro Frau) und die Lebenserwartung weiter wächst, schrumpft die Bevölkerungszahl von 1995 bis 2050 von 81,8 Mio. auf 50,7 Mio. und bis 2100 auf 22,4 Mio. Wenn die Geburtenrate ab dem Jahr 2000 innerhalb von z.B. 15 Jahren auf das Niveau der EU (= 1,5) ansteigt, beträgt die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 55,4 Mio. statt 50,7 Mio. und im Jahr 2100 32,2 Mio. statt 22,4 Mio. Würde der angenommene Anstieg der Geburtenrate auf das Niveau der EU nicht schon im Jahr 2000, sondern erst im Jahr 2010 bzw. 2020 beginnen, betrüge die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 53,6 Mio. bzw. 52,3 Mio. Der Angenommene Anstieg der Geburtenrate würde also das Ausmaß der Schrumpfung bis zur Jahrhundertmitte um rd. 5 Mio. und bis zum Ende des Jahrhunderts um rd. 10 Mio. verringern (*Schaubild 6*, S. 35).

1 H. Birg, Demographische Entwicklung und politische Verantwortung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 3, 1998, S. 221-251.

(b) Simulationsrechnungen mit Wanderungen

Bevölkerungsvorausrechnungen ohne Wanderungen haben vor allem den Zweck, zu einem vertieften Verständnis der Bevölkerungsdynamik beizutragen. Im folgenden werden die Ergebnisse von weiteren Simulationsrechnungen unter Berücksichtigung von Wanderungen dargestellt.¹ Dabei handelt es sich nicht um Prognosen, sondern um Projektionsrechnungen, die unter alternativen Annahmen über die Zahl der Zu- und Abwanderungen und deren Alters- und Geschlechtsstruktur durchgerechnet wurden, ohne daß eine bestimmte Variante als die wahrscheinlichste definiert ist.

Die frühere Bundesrepublik hatte in den vergangenen Jahrzehnten einen Wanderungssaldo (= Zuwanderungen minus Abwanderungen) von durchschnittlich rd. 170 Tsd. pro Jahr. Bei den folgenden, nach alten und neuen Bundesländern differenzierten Simulationsrechnungen einschließlich Wanderungen wurde alternativ ein jährlicher Wanderungssaldo von Null bzw. von 150 Tsd., 225 Tsd. und 300 Tsd. zugrunde gelegt. Die vier Migrationsvarianten wurden mit drei Varianten für die Geburtenrate sowie mit drei Annahmen über die künftige Entwicklung der Lebenserwartung kombiniert, was insgesamt 36 Simulationsvarianten ergibt.

Welcher der vier Migrationsvarianten die höchste Wahrscheinlichkeit zukommt, hängt entscheidend von der politischen Gestaltung des Bevölkerungsprozesses in der Zukunft ab. Für die Entwicklung einer auch an demographischen Zielen orientierten politischen Konzeption sind die Kenntnisse über die demographischen Prozesse wichtig, die sich in den potentiellen Herkunftsländern der Zuwanderer vollziehen. In unmittelbarer Nachbarschaft zu Deutschland und Europa – in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers von Marokko über Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten bis zur Türkei, betrug die Einwohnerzahl 1998 236 Mio. Selbst wenn die Geburtenzahl pro Frau in diesen Ländern in der Zukunft rasch abnimmt, wächst die Bevölkerungszahl von 1998 bis 2050 von 236 Mio. auf 394 Mio., darunter z.B. in der Türkei von 66,6 Mio. (2000) auf 100,7 Mio. (2050) und in Ägypten von 68,5 Mio. auf 114,8 Mio. (*Schaubild 7*, S. 36).

Das hohe Bevölkerungswachstum in den geographisch benachbarten Entwicklungsländern verstärkt den demographisch bedingten Einwanderungsdruck in die EU und nach Deutschland. In den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers beträgt der Bevölke-

¹ H. Birg, E.-J. Flöthmann, Th. Frein, K. Ströker: Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert, IBS-Materialien, Bd. 45, Universität Bielefeld, Bielefeld 1998.

rungszuwachs bis 2050 158 Mio. Schon weniger als die Hälfte dieses Zuwachses würde ausreichen, um die Bevölkerungsschrumpfung der EU bis 2050 mehr als auszugleichen, denn die zugewanderte Bevölkerung würde wegen ihrer jungen Altersstruktur auch nach einer Anpassung ihrer Geburtenrate an das europäische Niveau stark wachsen. Die demographisch bedingte Erhöhung des Einwanderungsdrucks bedeutet, daß bei einer Fortsetzung des bisherigen einwanderungspolitischen Laissez-Faire mit wesentlich höheren Zuwandererzahlen nach Deutschland gerechnet werden muß als in der Vergangenheit.

Vor diesem Hintergrund könnte sogar die höchste Variante des hier zugrunde gelegten Wanderungssaldos (300 Tsd.) von der tatsächlichen Entwicklung übertroffen werden. In der Zukunft ist daher eine wirksamere Zuwanderungsbegrenzungs politik als bisher erforderlich, wenn ein jährlicher Wanderungssaldo in der bisherigen Größenordnung von durchschnittlich rd. 150 Tsd. nicht überschritten bzw. unterschritten werden soll. Bei einem Wanderungssaldo von Null und einer Geburtenrate auf dem bisherigen Niveau von rd. 1,4 Lebendgeborenen pro Frau würde die Bevölkerungszahl Deutschlands von 1996 bis 2050 von 82,0 Mio. auf 58,7 Mio. zurückgehen, bei einem Wanderungssaldo von z.B. 300 Tsd. würde die Zahl vorübergehend bis 2020 sogar auf 83,9 Mio. wachsen und erst danach bis 2050 wieder auf 77,9 Mio. abnehmen (*Schaubilder 8 und 11, S. 37 u. 40*).

Schon ein Anstieg der Geburtenrate auf z.B. 1,6 Lebendgeborene pro Frau würde bei einem Wanderungssaldo von 225 Tsd. statt 300 Tsd. ebenfalls ein vorübergehendes Wachstum der Bevölkerungszahl bis 2020 auf 83,8 Mio. bewirken, gefolgt von einer Abnahme bis 2050 auf 78,6 Mio. (*Schaubild 10, S. 39*). Würde die Geburtenzahl pro Frau bis 2030 allmählich bis auf 2,1 steigen, würde die Bevölkerungszahl bei einem Wanderungssaldo von Null dennoch bis 2080 schrumpfen, weil die zusätzlich geborenen Kinder erst ihrerseits Kinder haben müßten, ehe die Geburtenzahl und die Zahl der Sterbefälle wieder gleich sind und das Geburtendefizit verschwindet (*Schaubild 8, S. 37, oberste Kurve*).

Die Berechnungen zeigen, daß sich die bei einer konstanten Geburtenrate ohne Wanderungen ergebende Bevölkerungsschrumpfung bis 2050 um 23 Mio. (*Schaubild 8, S. 37*) durch einen relativ mäßigen Anstieg der Geburtenrate auf das Niveau beispielsweise von Frankreich schon bei einem Wanderungssaldo von 225 Tsd. in einen Bevölkerungszuwachs umkehren läßt, der bis 2020 anhält und der auch danach bis 2050 nur eine Bevölkerungsabnahme von 3,6 Mio. zur Folge hat. Dabei ist jedoch zu beachten, daß das

Bevölkerungswachstum bzw. die nur geringfügige Schrumpfung auf den hohen Geburtenüberschüssen der zugewanderten Bevölkerung beruhen würde, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung dadurch stark zunähme. Dies läßt sich allerdings nur erkennen, wenn die Bevölkerungsvorausrechnungen, wie im folgenden im einzelnen dargestellt, nach Einheimischen und Zugewanderten getrennt durchgeführt werden.

2.2 Auswirkungen auf die Altersstruktur

Am Ende des 20. Jahrhunderts hatte die Bevölkerung in Deutschland noch eine vergleichsweise günstige Altersstruktur. Das Verhältnis aus der Zahl der 60jährigen und Älteren, bezogen auf 100 Personen in der mittleren Altersgruppe von 20 bis unter 60 (= Altenquotient), betrug z.B. im Jahr 2000 rd. 39. Bei einer Konstanz der Geburtenrate auf dem bisherigen Niveau von rd. 1,4 Lebendgeborenen pro Frau und bei konstanter Lebenserwartung würde der Altenquotient bis zum Jahr 2050 kontinuierlich auf etwa 90 zunehmen, sich also mehr als verdoppeln. Die Bedeutung dieser Entwicklung für die Funktion des sozialen Sicherungssystems liegt auf der Hand: Die auf dem Umlageverfahren beruhenden Zweige der Sozialversicherung – die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – sind angesichts steigender Zahlen bei den über 60jährigen bei einer gleichzeitig schrumpfenden Zahl von 20 bis 60jährigen Beitragszahlern nicht mehr aus Beiträgen finanzierbar. Mit einer Reform des sozialen Sicherungssystems durch eine teilweise Ergänzung der umlagefinanzierten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch kapitalgedeckte Zusatzversicherungen können die demographisch bedingten Belastungen nicht vermieden, sondern nur gemildert und umverteilt werden. Deshalb stellt sich die Frage, ob sich die Ursache der steigenden Belastungen – der zunehmende Altenquotient – durch die Einwanderungen jüngerer Menschen, bei denen es sich dann aber um Beschäftigte bzw. um Beitragszahler und nicht um Sozialhilfeempfänger handeln müßte, verhindern oder zumindest merklich abschwächen läßt.

Diesbezügliche Erwartungen bestehen vor allem in der politischen Öffentlichkeit. Demographische Simulationsrechnungen zeigen jedoch, daß sich die demographische Alterung auch durch hohe Zuwanderungsüberschüsse Jüngerer nicht stoppen, sondern nur mildern läßt: Bei einem jährlichen Wanderungssaldo von z.B. 100 Tsd. steigt der Altenquotient bis 2050 auf 83, bei 200 Tsd. auf 80 und bei 300 Tsd. auf 76. Selbst ein Wanderungssaldo von jährlich 600 Tsd. könnte nicht verhindern, daß der Altenquotient bis 2050 auf 68 zunimmt (*Schaubild 12*, S. 41). Noch höhere Altenquotienten ergeben sich, wenn man eine wachsende Lebenserwartung unterstellt. Dann würde der Altenquotient bei einem Wanderungssaldo von z.B. 300 Tsd. das Niveau von 100 überschreiten, d.h.

pro Kopf der Bevölkerung in der Altersgruppe 20 bis 60 könnte dann mehr als ein Mensch im Alter über 60 entfallen (*Schaubild 13*, S. 42).

Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen hat in ihrer Untersuchung über die Auswirkungen der Wanderungen auf die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur in den Industrieländern gezeigt, daß nach Deutschland bis zum Jahr 2050 netto 188 Mio. jüngere Menschen zuwandern müßten, wenn dadurch der Anstieg des Altenquotienten gestoppt werden soll.¹ Die Zahl ist deshalb so hoch, weil die Zugewanderten und die Einheimischen gleich schnell altern, so daß ein z.B. im Jahr 2000 im Alter von 30 Jahren Zugezogener den Altenquotient ab dem Jahr 2030 erhöht, denn er gehört ab 2030 selbst zur Altersgruppe über 60. Aus der höheren Geburtenrate der (aus Ländern der Dritten Welt) Zugezogenen ergibt sich nur ein geringer Verjüngungseffekt, so daß für eine Konstanz des Altenquotienten extrem hohe Zuwandererzahlen erforderlich wären.

2.3 Auswirkungen auf den Anteil der Zugewanderten an der Bevölkerung

Mehr als ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung liegt die Geburtenrate in den neuen Bundesländern noch signifikant unter der in den alten. Auch die Lebenserwartung hat sich bisher nicht vollständig an das Niveau in den alten Ländern angeglichen. Bei Bevölkerungsvorausschätzungen sollte die unterschiedliche Entwicklung der Geburtenrate und der Lebenserwartung berücksichtigt werden, wobei den entsprechenden Konvergenzprozessen Rechnung getragen werden muß. Auch zwischen der deutschen und der zugewanderten Bevölkerung bestehen hinsichtlich der Geburtenrate und der Lebenserwartung deutliche Unterschiede: Die Geburtenrate der Zugewanderten ist höher und ihre Mortalität infolge der Selektionswirkung der Wanderung niedriger als bei der deutschen Bevölkerung („healthy worker effect“).

Um die unterschiedlichen demographischen Verhaltensweisen und deren beobachtete Angleichungstendenzen bei den Vorausberechnungen berücksichtigen zu können, müssen die Simulationsrechnungen nach Bevölkerungsgruppen getrennt durchgeführt werden. Die im folgenden dargestellten Ergebnisse beruhen auf Vorausberechnungen für vier Bevölkerungsgruppen, deren Geburtenrate stark differiert (*Schaubilder 14-18*, S. 43f.):

¹ UN (Ed.), Replacement Migration, New York 2000, Tabelle 4.13, S. 39. Siehe hierzu auch H. Birg, 188 Millionen Einwanderer zum Ausgleich?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.4.2000, S. 15.

Lebendgeborene pro Frau (TFR) 1998

Gruppe 1: Deutsche/alte Bundesländer	1,3
Gruppe 2: Deutsche/neue Bundesländer	0,9
Gruppe 3: Ausländer/alte Bundesländer	1,9
Gruppe 4: Ausländer/neue Bundesländer	1,1

Die Vorausberechnungen wurden in einer Vielzahl von Varianten unter unterschiedlichen Annahmen bezüglich der Unterschiede und der Angleichungsprozesse der demographischen Verhaltensweisen durchgerechnet.¹ Im folgenden werden die Ergebnisse im Hinblick auf die Frage ausgewertet, wie hoch der zu erwartende Anteil der zugewanderten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist. Hierfür wird die mittlere Variante mit einem Wanderungssaldo von 170 Tsd. pro Jahr zugrunde gelegt. Bei dieser Variante wurde für die deutsche Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern eine allmähliche Angleichung der Geburtenrate auf ein einheitliches Niveau von 1,25 Lebendgeborenen pro Frau angenommen. Für die zugewanderte Bevölkerung wurde unterstellt, daß sich deren Geburtenrate schrittweise dem Niveau von 1,64 nähert. Für Deutsche und Zugewanderte insgesamt ergibt dies ein gewogenes Mittel von 1,36, das bis 2050 konstant ist (zu den Einzelheiten siehe *Tabelle 2c*, untere Tabellenhälfte, S. 51).

Die Berechnungsergebnisse zeigen, daß die Zahl der Zugewanderten und ihrer Nachkommen infolge ihrer für die Geburtenzahl günstigen Altersstruktur trotz der angenommenen Angleichung der Geburtenrate an das niedrigere Niveau der deutschen Bevölkerung stark wächst, während die deutsche Bevölkerung (ohne Berücksichtigung von Staatsbürgerschaftswechseln) schrumpft:

	<i>Bevölkerungszahl (in Mio.)</i>			
	<i>1998</i>	<i>2030</i>	<i>2050</i>	<i>2080</i>
Deutsche/alte Bundesländer	59,6	49,9	39,5	24,9
Deutsche/neue Bundesländer	15,0	12,4	9,5	5,2
Zugewanderte/alte Bundesländer	7,1	14,1	17,4	20,7
Zugewanderte/neue Bundesländer	0,3	1,1	1,6	2,2
<i>Deutschland insgesamt</i>	<i>82,1</i>	<i>77,5</i>	<i>68,0</i>	<i>53,1</i>

¹ H. Birg und E.-J. Flöthmann, Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 - Methodischer Ansatz und Hauptergebnisse -, IBS-Materialien, Bd. 47A, Universität Bielefeld, Bielefeld 2001. H. Birg und E.-J. Flöthmann, Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 - Ergebnisse in Tabellenform -, IBS-Materialien, Bd. 47B, Universität Bielefeld, Bielefeld 2001.

Der Anteil der Zugewanderten (= im Jahr 1998 als Ausländer registrierte Bevölkerung einschließlich ihrer Nachkommen) nimmt von 1998 bis 2030 von 9,0% auf 19,6% und bis 2050 auf 27,9% zu. Ab 2020/25 ist die Zahl der Zugewanderten größer als die Zahl der Deutschen in den neuen Bundesländern. Im Jahr 2030 beträgt z.B. die Zahl der Zugewanderten 15,2 Mio., die Zahl der Einwohner in den neuen Bundesländern 12,4 Mio. (s. vorstehende Tabelle).

In den jüngeren Altersklassen steigt der Anteil der Zugewanderten und ihrer Nachkommen schneller als in der Gesamtbevölkerung (stets ohne Berücksichtigung von Staatsbürgerschaftswechseln nach dem 1.1.1998 bzw. auf der Basis des bis 31.12.1999 geltenden Staatsbürgerschaftsrechts). Im Jahr 1998 betrug dieser Anteil 11,4%, er steigt bis zum Jahr 2030 auf 26,9% und bis 2050 auf 38,1%:

	<i>unter 20jährige in Mio.</i>		
	<i>1998</i>	<i>2030</i>	<i>2050</i>
Deutsche	15,6	8,7	6,0
Zugewanderte	2,0	3,2	3,7
Insgesamt	17,6	11,9	9,7

In ähnlichem Ausmaß erhöht sich der Anteil der Zugewanderten an den Lebendgeborenen: 12,7% (1998), 29,9% (2030) bzw. 40,6% (2050):

	<i>Lebendgeborene in Tsd.</i>		
	<i>1998</i>	<i>2030</i>	<i>2050</i>
Deutsche	685	373	260
Zugewanderte	100	159	178
Insgesamt	785	532	438

Die hier referierten Anteile sind Durchschnittswerte für Deutschland insgesamt. In Großstädten liegt der Anteil der Ausländer für alle Altersgruppen bereits heute beträchtlich über dem Landesdurchschnitt (8,9%). In Frankfurt a.M. betrug er 1998 z.B. 24,6%, in Stuttgart 24,5%, in München 22,6% und in Köln 19,7%. Die regionalen Unterschiede werden sich in der Zukunft nicht bzw. nicht wesentlich nivellieren, deshalb wird der Anteil der Zugewanderten in vielen Großstädten bei den unter 40jährigen die 50%-Schwelle erreichen bzw. überschreiten. Auf diesen Punkt wird bei der Darstellung der gesellschaftlichen Auswirkungen näher eingegangen.

3. Das Gewicht der nicht quantifizierbaren politischen Kosten der Zuwanderung

Die demographischen Untersuchungen aller einschlägigen Forschungsinstitute führen zu der übereinstimmenden Erkenntnis, daß in Deutschland Anfang der 70er Jahre die Phase einer jahrzehntelangen Bevölkerungsschrumpfung begann, die sich in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts stark beschleunigt und das Land vor eine politische Grundsatzentscheidung stellt. Die erste Option lautet: Die im 20. Jahrhundert begonnene migratorische Kompensationspolitik wird fortgesetzt. Das wachsende Geburtendefizit wird durch immer höhere Einwanderungen ausgeglichen. Bei dieser politischen Strategie nimmt der Anteil der Zugewanderten an der Bevölkerung stark zu. Die damit verbundenen Änderungen der Sozial- und Gesellschaftsstruktur werden in Kauf genommen, toleriert bzw. von bestimmten politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen als etwas Positives bewertet und angestrebt.

Die dazu entgegengesetzte politische Option hält an dem Ziel fest, zu einer demographisch nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung zurückzukehren, indem die Geburtenrate durch eine wirksamere Familienpolitik schrittweise an das bestandserhaltende Niveau von zwei Kindern pro Frau angenähert und dabei gleichzeitig die Einwanderungen aus dem Ausland begrenzt werden. Die damit verbundene jahrzehntelange Bevölkerungsschrumpfung wird in Kauf genommen. Bei dieser politischen Konzeption ist die Integration der bereits eingewanderten Menschen das oberste Ziel der Zuwanderungspolitik. Die bestmögliche Integration dient dem Ziel, die Stabilität der Sozial- und Gesellschaftsstruktur und der kulturellen Grundlagen der Gesellschaft zu bewahren.

Es wäre zu wünschen gewesen, daß sich die Diskussion über die prinzipiellen Optionen der Politik durch die von Rita Süßmuth geleitete Zuwanderungskommission intensiviert. Aber die mit der Gründung dieser Kommission verbundene Chance, die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß der demographischen Probleme Deutschlands zu informieren und gleichzeitig die strategischen Optionen der Politik herauszuarbeiten, wurde von den Kommissionsmitgliedern nicht aufgegriffen. Dieses Versäumnis hat schwerwiegende Konsequenzen. Man könnte sagen, daß die politische Konzeptionslosigkeit, die sich in dem jetzt vorliegenden Regierungsentwurf für ein Zuwanderungsgesetz widerspiegelt, das eigentliche Zuwanderungsproblem ist, weil dessen Folgen die langfristigen Entwicklungschancen Deutschlands stärker beeinträchtigen als die konkreten, quantitativ meßbaren negativen Auswirkungen der demographischen Entwicklung z.B. auf die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und auf das Wirtschaftswachstum.

Die politischen Kosten der Zuwanderungen, die sich aus der Konzeptionslosigkeit der Süßmuth-Kommission und der Regierung ergeben, wiegen schwer, weil die zentrale Frage nach der Rückkehr zu einer von permanenten und immer höheren Einwanderungen unabhängigen demographisch stabilen Gesellschaftsstruktur als die naheliegendste und befriedigendste Entwicklungsalternative von der Regierung nicht gestellt wird, und weil durch die Nichtbehandlung dieser Frage in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstand, diese Option sei so realitätsfern, daß ihre Ziele nicht in Betracht gezogen werden müssen.

Die Fortsetzung der kompensatorischen Einwanderungspolitik führt in die Irre. Sie wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Es wäre ein singulärer Vorgang in der tausendjährigen Geschichte Deutschlands, wenn trotzdem eine für vier Jahre gewählte Regierung gegen den Willen der Wähler ein noch in Generationen nachwirkendes Zuwanderungsgesetz beschließen würde, das die deutsche Mehrheitsbevölkerung in vielen Städten und Regionen zu einer Minderheit im eigenen Land werden läßt.

Die Methode, die abnehmende Bevölkerung im Inland durch die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland zu ersetzen, ist zu einfach und zu verführerisch, um richtig zu sein. Menschen sind durch nichts zu ersetzen, und um nach Deutschland einwandern zu können, müssen sie zuvor in irgend einem anderen Land geboren, erzogen und ausgebildet werden. Es ist unmöglich, ein Argument dafür zu finden, das Deutschland gegenüber anderen Ländern mit ähnlichen demographischen Bedingungen (wie in den als künftige Herkunftsländer auserkorenen Ländern in Ost- und Mitteleuropa) dazu berechtigen könnte, die mit der Erziehung und Ausbildung von Kindern verbundenen Kosten und Mühen auf Dauer anderen, meist ärmeren Ländern aufzubürden und selbst die Früchte dieser Anstrengungen zu ernten. Es ist bezeichnend für die von der Süßmuth-Kommission vorgetragenen Überlegungen und Empfehlungen, deren Verwirklichung mit größter Wahrscheinlichkeit eine Ausweitung der Zuwanderung statt eine Begrenzung bewirken wird, daß dieses grundsätzliche moralische Problem in dem mehrere Hundert Seiten umfassenden Kommissionsbericht wie eine Marginalie auf zwei Seiten abgehandelt wird.¹

1 R. Süßmuth u.a., Bericht der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung", Berlin, 4.7.2001, Punkt 6.4.

4. Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotential und das Wirtschaftswachstum

4.1 Arbeitskräftepotential

Im Bericht der Süßmuth-Kommission und in dem darauf aufbauenden Regierungsentwurf des Zuwanderungsgesetzes stehen ökonomische Fragen, insbesondere arbeitsmarktbezogene Überlegungen, im Zentrum der Argumentation. Die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland hat jedoch – über die vermeintlich überwiegend positiven wirtschaftlichen Auswirkungen hinaus – auch gesellschaftliche und kulturelle Folgen, die im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Wachstums- und Konjunkturzyklen langfristig irreversibel sind. Die gesellschaftlichen und kulturellen Konsequenzen einer Fehlentscheidung in der Wanderungspolitik, insbesondere die schon eingetretene Absenkung des Ausbildungsniveaus der Bevölkerung, lassen sich auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr durch Korrekturmaßnahmen beseitigen. Deshalb wäre die Verwirklichung der von der Regierung vorgeschlagenen gesetzlichen Regelung, die diese Folgen ignoriert, eine falsche Weichenstellung von geschichtlicher Tragweite.

Es trifft zu, daß die Bevölkerungszahl in den für das Arbeitskräfteangebot wichtigen Altersklassen auch bei einer Netto-Zuwanderung in der bisherigen Größenordnung von z.B. 170 Tsd. schrumpft. Dabei sind jedoch zwei unterschiedliche Schrumpfungsphasen zu unterscheiden. In der ersten Phase bis 2020 nimmt die Zahl der Personen in der Altersgruppe 20-60 bei einem Einwanderungssaldo von jährlich 170 Tsd. nur mäßig ab (-7,7%), erst in der folgenden zweiten Phase von 2020 bis 2050 beschleunigt sich der Rückgang um weitere -25,4%. Dies ergibt bis 2050 eine Abnahme von insgesamt 33,1%.¹

In der ersten Phase läßt sich der Rückgang sogar in einen *Zuwachs* verwandeln, wenn man die Berechnungen nicht für die gesamte Altersgruppe 20-60, sondern für die Erwerbspersonen durchführt und dabei unterstellt, daß sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen der Erwerbsbeteiligung der Männer weitgehend annähert. Nimmt man außerdem einen Wanderungssaldo von z.B. 100 Tsd. bzw. 200 Tsd. pro Jahr an, dann steigt das Potential an Erwerbspersonen bis 2012 an, erst danach nimmt es kontinuierlich ab, wobei die Erwerbspersonenzahl aber bis 2015 nicht unter das Niveau des Jahres 2000 sinkt (*Schaubild 18*, S. 47). Die Berechnungen über die Erwerbspersonenzahl beruhen auf

1 H. Birg und E.-J. Flöthmann, Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 - Methodischer Ansatz und Hauptergebnisse -, IBS-Materialien, Bd. 47A, Universität Bielefeld, Bielefeld 2001, S. 142-144. Siehe hierzu die Tabelle 2, S. 49-51 am Schluß dieses Gutachtens.

Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, ihre Ergebnisse stimmen mit den vom Verfasser durchgeführten Vorausberechnungen überein.¹

Die in der ersten Phase bis 2020 nur mäßige Abnahme des Arbeitskräftepotentials um rd. 8% bietet den benötigten zeitlichen Spielraum zur Vorbereitung und Durchführung einer von Zuwanderungen unabhängigen, demographisch orientierten Familienpolitik zur Anhebung der Geburtenrate. Dies bedeutet, daß das Ziel, langfristig zu einer demographisch nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung zurückzukehren, nicht unerreichbar ist. Es wäre im Hinblick auf die sonst zu erwartenden Folgen für die Lebensbedingungen der nachwachsenden, jüngeren Jahrgänge verantwortungslos, nicht wenigstens den Versuch zu unternehmen, eine demographisch stabile Gesellschaftsstruktur wieder zu erlangen.

Gelänge es, die Geburtenrate schrittweise wenigstens auf z.B. 1,6 Lebendgeborene pro Frau (wie in Frankreich) zu erhöhen, würde auch dieser bescheidene Erfolg ausreichen, um den demographisch bedingten Rückgang der Arbeitskräftezahl zu dämpfen bzw. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weitgehend aufzufangen. Bei einem Anstieg der Kinderzahl pro Frau auf 1,6 und einem Wanderungssaldo von z.B. 150 Tsd. geht die Zahl der Personen in der Altersgruppe 20-60 zwischen 2000 und 2020 um 3,4 Mio. (= -7,5%) zurück und zwischen 2020 und 2050 um weitere 8,7 Mio. (= -20,7%). Bei einer geringeren Geburtenzahl von 1,4 pro Frau wäre der Rückgang der Zahl der 20-60jährigen in der ersten Phase von 2000 bis 2020 zwar gleich groß wie bei einer Geburtenrate von 1,6, aber in der zweiten Phase von 2020-30 wäre der Rückgang deutlich höher, er betrüge 11,3 Mio. statt 8,7 Mio.² Der Vergleich der beiden Berechnungsvarianten zeigt, wie wichtig es ist, möglichst bald mit der Verwirklichung einer wirksamen Familienpolitik zu beginnen.

Durch die Kombination familien- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen lassen sich die demographisch bedingten Engpässe auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten ohne große Zuwanderungen auffangen. Dafür wäre es noch nicht einmal erforderlich, die Frauenerwerbsquote auf das Niveau der Männer anzuheben. Als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stehen zur Verfügung

¹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB-Kurzbericht, Nr. 4, 1999.

² H. Birg, E.-J. Flöthmann, Th. Frein, K. Ströker: Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert, IBS-Materialien, Bd. 45, Universität Bielefeld, Bielefeld 1998, Varianten 4 und 16.

- die Mobilisierung der stillen Reserve,
- der Abbau der Arbeitslosigkeit,
- die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die Verkürzung der Ausbildungszeiten und die Anhebung des Ruhestandsalters,
- die Verringerung der Auswanderungen von deutschen Erwerbspersonen mit guter Ausbildung,
- die Höherqualifizierung der Arbeitskräfte durch eine Ausbildungs-offensive,
- die Verringerung der regionalen Arbeitsmarktungleichgewichte durch die Intensivierung der Arbeitsvermittlung zwischen den Regionen und Bundesländern.

Bei der Bewältigung des demographisch bedingten Arbeitskräfterückgangs geht es um ein Potential von Millionen von Personen. Im Vergleich dazu sind die Zahlen niedrig, die in der Debatte um die Zuwanderung von bestimmten Fachkräften, z.B. von IT-Spezialisten (rd. 10 Tsd.), genannt werden. Der diesbezügliche Diskussionsaufwand steht im umgekehrten Verhältnis zur arbeitsmarktpolitischen und demographischen Relevanz dieser Zahlen. Es wäre viel gewonnen, wenn künftig ein Teil der Aufmerksamkeit auf die wichtigen grundsätzlichen Fragen entfiel, die die demographischen Probleme Deutschlands aufwerfen.

4.2 Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum

Die Diskussion über die vermeintlich überwiegend positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderungen ist eines der wichtigsten Beispiele dafür, daß die eigentlichen Kosten der Zuwanderung politischer Natur sind. Die politischen Kosten der Zuwanderungen bestehen darin, daß sie eine schnelle, für die Wirtschaft profitable Lösung der demographisch bedingten Probleme versprechen und den Blick dafür verstellen, daß die politische Vernunft es gebietet, die Anstrengungen statt dessen auf eine Erhöhung der Geburtenrate zu konzentrieren. Die Wirtschaft und die Politik können die demographischen, gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen ihres Erfolges nicht selbst schaffen, wohl aber gefährden. Der Wirtschaft und Politik muß ins Bewußtsein gerufen werden, daß Zuwanderungspolitik stets mehr sein muß als eine Klientel-Politik zur Bedienung bestimmter wirtschaftlicher oder parteipolitischer Interessen.

Obwohl sich dies eigentlich von selbst versteht, wird von Vertretern der Wirtschaft meist aus einer betriebswirtschaftlichen oder branchenspezifischen Sicht für eine hohe Zuwanderung plädiert. Bestimmte Betriebe und Wirtschaftszweige profitieren von hohen Zuwanderungen, weil daraus oft ein Druck auf die Löhne entsteht und der Betrieb

sich seiner zugewanderten Arbeitskräfte durch Kündigung wieder entledigen kann, wenn die konjunkturelle Lage oder das betriebswirtschaftliche Kalkül es erfordern. Für die Gesellschaft und die Volkswirtschaft als Ganzes ist das Problem mit der Kündigung jedoch nicht gelöst, sondern es beginnt dann erst. Deshalb bestehen zwischen den betriebswirtschaftlichen und den volkswirtschaftlich-gesellschaftlichen Interessen unüberbrückbare Gegensätze.

Im Konfliktfall muß das dem Gemeinwohl verpflichtete Handeln des Staates den übergeordneten Zielen den Vorrang einräumen. Aber wie ist zu handeln, wenn dieser Konflikt gar nicht existiert und die Zuwanderung für *alle* von Vorteil ist, wie von einigen Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute behauptet wird? Das folgende Zitat ist für die wirtschaftstheoretische Argumentationsweise typisch: „Wenn Arbeitsmärkte flexibel reagieren und die ... Arbeitskräftewanderungen allein durch das Lohngefälle induziert werden, bringen freie Wanderungsentscheidungen der Menschen ... eine bestmögliche Lösung für alle Länder hervor Die freie Zuwanderungsentscheidung erhöht die Summe der Einkommen der Inländer – wenn auch nicht die Einkommen aller einzelnen Inländer – weil Kapitalerträge, Bodenrenten und Mieten, aber auch Löhne für qualifizierte Arbeit zunehmen.“¹

Selbst wenn es zuträfe, daß durch die Zuwanderer die „Summe der Einkommen der Inländer“ erhöht wird, folgt daraus nicht schon, daß die Entwicklung mit Einwanderungen der Entwicklung ohne Einwanderungen automatisch vorgezogen werden sollte. Wenn z.B. nicht eine hohe „Einkommenssumme“ (= Volkseinkommen), sondern ein möglichst hohes *Pro-Kopf*-Einkommen angestrebt wird, ist der Fall ohne Zuwanderungen in der Regel günstiger, wie sich an folgendem Beispiel illustrieren läßt. Angenommen ein Land steht vor der Wahl zwischen den beiden alternativen Entwicklungspfaden A und B, wobei A mit einer hohen Wachstumsrate des Volkseinkommens von 2,5% bei einer durch Zuwanderungen bewirkten positiven Wachstumsrate der Bevölkerungszahl von 0,7% gekennzeichnet ist, während bei der alternative B die Wachstumsrate des Volkseinkommens nur 1,7% beträgt und die Bevölkerungszahl ohne Wanderungen mit -0,7% schrumpft. Wenn das Volkseinkommen am Anfang der Entwicklung 100 Geldeinheiten beträgt, dann führt die Entwicklung bei A nach z.B. 40 Jahren zu einem Volkseinkommen von 270 und bei B von rd. 200. Das Pro-Kopf-Einkommen wächst bei A mit einer Wachstumsrate von 1,8% (= 2,5% - 0,7%), bei B mit einer höheren Wachstumsrate von 2,4% (= 1,7 - (-0,7%)). Was ist günstiger? Wenn das Ziel darin besteht,

1 H.-W. Sinn u.a., EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration – Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2, München 2001, S. 31-32.

die Summe des Volkseinkommens ungeachtet des dann niedrigeren Pro-Kopf-Einkommens zu maximieren, ist die Alternative mit Einwanderungen zu wählen, soll ein möglichst hohes Pro-Kopf-Einkommen erreicht werden, ist die Alternative ohne Einwanderungen günstiger.

Das Beispiel ist so gewählt, daß es den hier herausgestellten Gesichtspunkt so klar wie möglich zum Ausdruck bringt: Welche Zuwanderungspolitik für ein Land aus rein ökonomischen Gesichtspunkten am günstigsten ist, läßt sich nur entscheiden, wenn Klarheit über die anzustrebenden Ziele besteht. Dabei ist das Ziel eines hohen Pro-Kopf-Einkommens ohne bzw. mit geringen Einwanderungen erstrebenswerter als das Ziel eines hohen Volkseinkommens bei hohen Einwanderungen und einem niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen. Wenn dabei außerdem berücksichtigt werden soll, daß Zuwanderungen, wie im Falle Deutschlands, in Wirtschaftszweigen mit wenig qualifizierten Arbeitskräften häufig zu Lohndruck und zur Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte führen¹, ist mit vagen, unverbindlichen Argumentationsweisen, wie sie den Bericht der Süßmuth-Kommission prägen, kein begründetes Urteil, geschweige denn eine überzeugende politische Handlungsempfehlung zur Zuwanderung möglich, zumal dann nicht, wenn über die rein ökonomischen Ziele hinaus auch gesamtgesellschaftliche Gesichtspunkte und kulturelle Aspekte einbezogen werden sollen.

5. Gesellschaftliche Kosten

5.1 Die fiskalische Umverteilung von den Einheimischen zu den Zugewanderten

Bilanziert man die fiskalischen Auswirkungen der Zuwanderung auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates, dann ist eine deutliche „Umverteilung“ (W. Sinn et.al.) von den Einheimischen zugunsten der Zugewanderten festzustellen. Zu diesem Ergebnis kommen die neuen Berechnungen auf der Basis der Daten des Sozioökonomischen Panels, die vom ifo Institut in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung durchgeführt wurden.² In dieser Untersuchung wird der Begriff „Zuwanderer“ in folgender Weise definiert: „Zuwanderer umfassen in Deutschland le-

1 Der zitierte Bericht des ifo-Instituts (W. Sinn u.a.) ist in diesem Punkt widersprüchlich. Einerseits wird die Zuwanderung als die für ein hohes Volkseinkommen günstigere Alternative dargestellt, andererseits wird auf die Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte und auf den Lohndruck für weniger Qualifizierte hingewiesen. S. Sinn u.a., a.a.O., S. 111-115.

2 Sinn u.a., a.a.O., S. 225.

bende Personen mit nicht-deutscher Nationalität, aber auch in Deutschland eingebürgerte Personen und Personen mit Müttern nicht-deutscher Nationalität ohne die Gruppe der Aus- und Übersiedler.“ Die Zuwanderer wurden nach der Aufenthaltsdauer in drei Gruppen untergliedert (0-10, 10-25 und 25 u.m. Jahre), um die mit der Aufenthaltsdauer variierenden Umverteilungseffekte herauszuarbeiten.

Auf der Einnahmenseite des Staates werden die von den Zuwanderern geleisteten Zahlungen in die gesetzliche Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie die gezahlten Steuern berücksichtigt. Auf der Ausgabenseite werden einbezogen: (1) die Auszahlungen der gesetzlichen Krankenversicherung, (2) die nach dem Prinzip der „impliziten Schuld“ berechneten Ausgaben der Renten- und Pflegeversicherung (= Barwert der späteren Leistungsansprüche), (3) die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, (4) steuerfinanzierte Transfers der Gebietskörperschaften an private Haushalte (Sozial- und Arbeitslosenhilfe, Wohn-, Kinder- und Erziehungsgeld) sowie (5) sonstige steuerfinanzierte Leistungen des staatlichen Infrastrukturangebots (Straßen, Schulen, Rechtssystem), die „... bei einer Zuwanderung ausgebaut werden müssen, wenn ihre Qualität nicht sinken soll.“ Die Kosten dieser öffentlichen Güter werden auf der Basis von Pro-Kopf-Angaben berechnet.

Der Überschuß der empfangenen über die geleisteten Zahlungen der Zuwanderer (= „Umverteilungseffekt von Einheimischen zu Zuwanderern“) beträgt bei einer Aufenthaltsdauer von 0-10 Jahren pro Zuwanderer und Jahr 4 631 DM und bei einer Aufenthaltsdauer von 10-25 Jahren 2 603 DM. Nur bei einer langen Aufenthaltsdauer von 25 Jahren und mehr ergibt sich ein Überschuß der geleisteten über die empfangenen Zahlungen von 1 670 DM. Die durchschnittliche Umverteilung von Einheimischen zu Zuwanderern für alle Aufenthaltsdauern beträgt pro Zuwanderer und Jahr 1 419 DM (*Tabelle 3, S. 52*).¹

Wegen des um rd. 5 Jahre jüngeren Durchschnittsalters der (über 16jährigen) Zuwanderer ergibt sich für die beiden Teilbilanzen der gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung ein Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen, bei allen anderen Teilbilanzen, insbesondere bei der gesetzlichen Krankenversicherung, übersteigen die empfangenen Zahlungen der Zuwanderer ihre geleisteten. Die z.Zt. noch relativ günstige Altersstruktur der Zuwanderer gleicht sich in der Zukunft an die der Einheimischen an. Der Altenquotient (über 60jährige auf 100 Menschen im Alter 20-60) betrug 1998 bei

¹ Sinn u.a., a.a.O., Tabelle 4.14, S. 227.

den Deutschen 41,9, bei den Zugewanderten 10,0. Auch wenn man für die Zukunft einen Wanderungssaldo auf dem bisherigen Niveau von 170 Tsd. meist jüngeren Menschen annimmt, wächst der Altenquotient bei den Zugewanderten und ihren Nachkommen bis 2050 kontinuierlich auf 56,9, bei den Deutschen auf 107,7 (s. *Tabelle 2c*, S. 51, sowie *Schaubilder 15 a u. b*, S. 43). Das Niveau des Altenquotienten der Zugewanderten beträgt heute nur ein Viertel des Niveaus bei den Deutschen, in Zukunft steigt es auf über die Hälfte. Aus diesem Grund schwächt sich der positive Effekt der Altersstruktur auf die Bilanz der gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung in der Zukunft ab. Wie stark diese Abschwächung quantitativ ist, muß durch Längsschnitt-Analysen untersucht werden, die in der Forschung bisher noch nicht durchgeführt wurden.

5.2 Auswirkungen auf das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau

Ein wesentlicher Grund für die Umverteilung von Einheimischen zu Zugewanderten ist die bei den Zuwanderern wesentlich höhere Arbeitslosenhilfebezugsquote (Deutsche: 1,1%, Zuwanderer: 3,6%) und der Unterschied bei der Sozialhilfequote (Deutsche: 1,3%, Zuwanderer 3,1%). Die Unterschiede beruhen wiederum auf gravierenden Niveauunterschieden im Qualifikations- und Bildungsniveau. So sind von 100 deutschen Arbeitslosen 32 ohne Berufsausbildung, von 100 Ausländern 77, und von 100 Türken 86.¹

Die Unterschiede im Qualifikations- und Bildungsniveau lassen sich mit folgenden Zahlen verdeutlichen: (1) Von den ausländischen Schulabgängern in Deutschland im Jahr 1999 hatten 40,9% einen Hauptschulabschluß (Deutsche: 24,7%), und 19,4% verließen das Schulsystem ohne Abschluß (Deutsche: 8,0%). Von den 20-25jährigen Deutschen besuchten 1999 17,4% eine Hochschule, von den 20-25jährigen Ausländern 3,8%.² Zu den Angleichungstendenzen im Bildungsverhalten stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest: „Für ausländische Schüler gibt es eine Abschluß-Statistik erst seit 1983. Danach gingen 34% dieser Schüler von den allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluß ab. Nach größeren Fortschritten in den 80er Jahren ist diese positive Veränderung von Mitte der 90er Jahre an nahezu zum Stillstand gekommen.“³

Zu einem ähnlichen Urteil kommt eine Untersuchung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen: „Ausländische Abgänger und

1 Sinn u.a., a.a.O., Tabelle 2.14, S. 69.

2 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Schulbesuch und Ausbildung von jungen Ausländern, Wochenbericht Nr. 10/2001, Tabelle 1, S. 163 u. Tabelle 3, S. 166.

3 a.a.O., S. 166

Abgängerinnen sind in den höheren Abschlüssen unter- und in den niedrigeren Abgangsarten überrepräsentiert ... Auch wenn bei den ausländischen Abgängern und Abgängerinnen ein kontinuierlicher Bildungsanstieg zu verzeichnen ist, so hat sich doch der Abstand zu den deutschen Schulkameradinnen und –kameraden in manchen Bereichen nicht (wesentlich) verkleinert. Zwar holten sie hinsichtlich des in der Sekundarstufe I maximal erreichbaren Abschlusses der Fachhochschulreife gegenüber den Deutschen beträchtlich auf, und auch beim Abitur hat sich gegenüber 1991 der Abstand verkleinert, jedoch war dieser früher bereits (z.B. 1980) einmal geringer als 1999.¹ Diese Befunde werden durch die jüngsten, international vergleichenden Untersuchungen des PISA-Konsortiums über die Basiskompetenzen der deutschen und ausländischer Schüler bestätigt. Die Studie stellt für Deutschland ein im internationalen Vergleich schlechtes Bildungsniveau und große Unterschiede zwischen Zugewanderten und Einheimischen fest. In keinem anderen Land sind die Bildungsunterschiede zwischen Ausländern und Einheimischen so groß wie in Deutschland.²

6. Das Bevölkerungswachstum der zugewanderten und der Bevölkerungsrückgang der einheimischen Bevölkerung in regionaler Perspektive

Die Defizite der jungen Zuwanderer beim Bildungs- und Ausbildungsniveau wirken sich nachteilig auf die dringend erforderliche gesellschaftliche Integration aus. Bildungsunterschiede ziehen lebenslange Einkommens- und Vermögensunterschiede nach sich. Der Anteil der zugewanderten Jugendlichen bzw. der in Deutschland in Familien mit Migrationshintergrund geborenen Kinder ist in den Großstädten überdurchschnittlich hoch. Die in Deutschland lebende zugewanderte Bevölkerung und ihre Nachkommen hat wegen ihrer jungen Altersstruktur große Geburtenüberschüsse. Sowohl ihre absolute Zahl als auch ihr Anteil wachsen in den nächsten Jahrzehnten selbst bei einem völligen Zuwanderungsstopp. Gleichzeitig geht die nach dem bis zum 31.12.1999 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht deutsche Bevölkerung infolge ihrer zunehmenden Geburtendefizite absolut und anteilmäßig immer stärker zurück.

Durch das neue Staatsangehörigkeitsrecht tritt der Rückgang der deutschen Bevölkerung allerdings nicht mehr in Erscheinung, weil viele bisher als Ausländer registrierte

-
- 1 G. Große-Venhaus, Bildungsabschlüsse ausländischer Schülerinnen und Schüler nach Nationalitäten. In: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, (Hrsg.), Statistische Analysen Nr. 2/2001, S. 28.
 - 2 Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001.

Bürger ab 1.1.2000 als Deutsche gezählt werden. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW hat in einer nach kreisfreien Städten und Landkreisen differenzierten Bevölkerungsvorausberechnung ermittelt, daß die „nichtdeutsche Bevölkerung“ von 1998 bis 2015 durch Geburtenüberschüsse um 23,4% zu- und die deutsche zum 7,9% abnimmt.¹ Der Zuwachs der nichtdeutschen Bevölkerung ist überdurchschnittlich hoch z.B. in folgenden Städten: Remscheid (32,1%), Bottrop (30,6%), Duisburg (27,5%) und Gelsenkirchen (27,3%). Für alle kreisfreien Städte zusammen ergibt sich ein durchschnittlicher Zuwachs von 22,3%, aber der Durchschnitt der Landkreise ist noch höher, er beträgt 24,7%. Die deutsche Bevölkerung schrumpft auf Grund ihrer Geburtendefizite in den aufgeführten Städten um -11,4% (Remscheid), -10,7% (Bottrop), -12,4% (Duisburg) und -14,2% (Gelsenkirchen). Der Durchschnitt für alle kreisfreien Städte beträgt -10,4%, jener für alle Landkreise -6,3%.

Wenn zu den Geburtenüberschüssen der Zugewanderten weitere Wanderungsüberschüsse hinzugerechnet werden, öffnet sich die Schere zwischen der Zahl der Zuwanderer und der Deutschen noch stärker. Schon bis 2010 wächst der Anteil der Zugewanderten und ihrer hier geborenen Kinder in vielen Großstädten Nordrhein-Westfalens und in anderen Bundesländern bei den Jüngeren auf über 40%, und in der Folgezeit könnte der Anteil vielerorts 50% erreichen oder überschreiten. Nach dem neuen, ab 1.1.2000 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht erhalten viele in Deutschland geborene Kinder zusätzlich zur Staatsangehörigkeit ihrer ausländischen Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Doppelstaatler werden in der Statistik als Deutsche registriert. Aus den Veröffentlichungen der Statistischen Ämter sind deshalb ab 2000 keine Informationen über die hier beschriebenen Prozesse zu gewinnen. Das macht die älteren statistischen Quellen um so wertvoller. Deshalb wird hier zur Beschreibung der Zukunft auf Daten zurückgegriffen, die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW schon Anfang der 90er Jahre berechnet wurden, bevor die Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts absehbar waren. Auf diesen Daten beruhen die hier getroffenen Aussagen über den Anstieg des Zugewandertenanteils (s. *Tabelle*).²

1 Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.), Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens, Statistische Berichte, Heft 819, Düsseldorf 1999, S. 40ff.

2 H. Birg, Perspektiven der Bevölkerungs- und Wanderungsentwicklung mit ihren Chancen und Risiken für den Wirtschafts- und Wohnstandort 'Ländlicher Raum'. In: ILS-Schriften, herausgegeben vom Institut für Landes- und Siedlungsentwicklungsforschung (ILS) im Auftrag des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Heft 85, Dortmund 1995, S. 17-30.

*Ausländeranteil in der Altersgruppe
20 –40 in %*

	1992	2010
Duisburg	17,4	45,9
Remscheid	18,1	44,7
Köln	19,3	42,9
Gelsenkirchen	14,8	42,0
Düsseldorf	17,8	41,6
Oberbergischer Kreis	15,0	41,2
Wuppertal	17,2	40,9
Heinsberg	18,7	40,8
Solingen	17,5	40,0
Rhein-Sieg-Kreis	40,8	39,6
<i>Land NRW insgesamt</i>	<i>11,9</i>	<i>31,5</i>

Das Statistische Bundesamt geht in seiner „9. Bevölkerungsvorausberechnung“ davon aus, daß sich 60% der in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern in der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist bis zum Alter 18 bzw. spätestens bis zum Alter 23 für die deutsche Staatsangehörigkeit und gegen die ihrer Eltern entscheiden werden. Dabei ist offen, was mit jenen geschehen soll, die sich nicht entscheiden. Ihnen kann wahrscheinlich auf Grund des Grundgesetzes die einmal erworbene deutsche Staatsangehörigkeit nicht wieder aberkannt werden. Unklar ist auch der Status jener, die im Alter 18 bzw. 23 die deutsche Staatsangehörigkeit ausdrücklich ablehnen und es vorziehen, in Deutschland auf Dauer als Ausländer weiterzuleben.

Das schon beschlossene neue Staatsangehörigkeitsrecht würde zusammen mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz der Regierung eine Reihe neuer Probleme aufwerfen, ohne die bisherigen zu lösen. Dabei muß der Fairneß halber hinzugefügt werden, daß die Integrationsprobleme während der jahrzehntelangen Untätigkeit der Politik auf dem Gebiet der Zuwanderungssteuerung und –begrenzung inzwischen ein Ausmaß erreicht haben, bei dem das politische Handeln durch die von der faktischen Entwicklung diktierten Maßnahmen zur akuten Schadensbegrenzung immer mehr in Anspruch genommen wird, so daß für eine aktive, an gesellschaftlichen Zielen orientierte Zuwanderungspolitik kaum noch Raum bleibt.

7. Die Pflicht gegen uns selbst

Die Integration der Zugewanderten findet nicht im abstrakten Raum oder auf Bundesebene, sondern in konkreten Gemeinden und Wohnquartieren statt. Sie lebt von der Begegnung der Menschen in Schulen, am Arbeitsplatz, in Vereinen und überall dort, wo sich Interaktion zwischen individuellen Personen ereignen. Die Begegnungsdichte der Menschen ist unter normalen Umständen in großen Städten am intensivsten, aber die Chancen für eine erfolgreiche Integration sind gerade dort in der Regel nicht gut. Denn wenn der Anteil der zugewanderten Bevölkerung bestimmte Schwellenwerte überschreitet, verschlechtern sich die demographischen Bedingungen der Integration mit jeder weiteren Zuwanderung. Ab einem bestimmten Punkt schlägt der Integrationsprozeß in eine sich selbst verstärkende Desintegration um. Das geplante Zuwanderungsgesetz würde durch die Regelungen der Familienzusammenführung die Automatik der Kettenwanderung intensivieren und die Integrationsbedingungen weiter beeinträchtigen.

Die Desintegrationsprozesse zeigen sich insbesondere auf den regionalen Wohnungsmärkten. In vielen Großstädten führt die abnehmende Zahl der deutschen Bevölkerung bei einer gleichzeitig wachsenden Zahl der Zugewanderten zu einer divergierenden Entwicklung bei der Wohnungsnachfrage. Durch die räumliche Segregation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurde in bestimmten Wohnquartieren eine Entwicklung eingeleitet und vielerorts schon erreicht, die es unmöglich macht, einen Schulunterricht in deutscher Sprache zu gewährleisten, der den bei Deutschen bisher selbstverständlichen Qualitätsanforderungen genügt.

Die Segregation der Zugewanderten nach Wohnquartieren wird getragen von der Orientierung ihres Lebens an den kulturellen Traditionen und Werten ihrer Herkunftsländer. In Deutschland haben sich einige von den auf örtlicher Ebene nebeneinander lebenden Parallelgesellschaften zu überörtlichen Verbänden zusammengeschlossen, deren Ziel nicht die Integration ihrer Mitglieder in die deutsche Gesellschaft ist, sondern die Entwicklung von ethnisch geprägten Gegengesellschaften. Im Dezember 2001 wurde die erste dieser Gegengesellschaften auf Grund ihrer verfassungsfeindlichen Ziele verboten (der „Kalifatstaat“ mit Sitz in Köln). Weitere Vereine und Verbände, darunter die europaweit operierende Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), der Islamische Bund Palästina (IBP) als deutscher Zweig der Hamas und die Hizbullah („Partei Gottes“), sollen ebenfalls verboten werden, wenn Aussicht besteht, daß das Verbot nach einer

Klage aufrecht erhalten werden kann. Milli Görüs firmiert unter der Bezeichnung „Nationale Sicht“, und damit ist selbstverständlich nicht die deutsche Nation gemeint.

Anders als in englischen Städten, in denen die Rassenkrawalle zu Hunderten von Verletzten führten, und im Gegensatz zur Entwicklung in Frankreich, wo es in den Banlieus der großen Städte regelmäßig zu Krawallen und Revolten der Zuwanderer kommt, deren jugendliche Nachkommen häufig arbeitslos sind, hat das Leben in Parallel- und Gegengesellschaften in Deutschland bisher nicht zu gewalttätigen Konflikten geführt, die mit denen in unseren Nachbarländern vergleichbar wären. Doch Deutschland hat eine schleichende Aushöhlung der Verfassung zu beklagen, die schlimmere Folgen haben könnte als die gewalttätigen Auseinandersetzungen in anderen Ländern: Das von der Verfassung garantierte individuelle Recht auf Asyl wurde zu einem bloßen Symbol zur Demonstration einer politischen Gesinnung. Niemand mehr scheint den Asyl-Artikel des Grundgesetzes beim Wort nehmen zu wollen, denn über 90% der Zuwanderer, die sich auf diesen Artikel berufen, erreichen ihr Ziel, in Deutschland zu bleiben und finanzielle Hilfe zu erhalten, obwohl ihre Anträge auf Asyl von den Gerichten als unbegründet abgelehnt werden – ohne daß sich ein Protest dagegen erhebt, daß die Verfassung in einem so zentralen Punkt ihre Regelungsfunktion verlor.

Deutschland hat nur einen Anteil von 1,4% an der Weltbevölkerung, aber die Asyl-Bestimmungen unserer Verfassung senden an Hunderte von Millionen Menschen in der Dritten Welt, die aus politischen Gründen verfolgt oder denen die Menschenrechte verwehrt werden, die Botschaft aus, daß sie ein individuelles Recht auf Asyl in Deutschland haben, wenn es ihnen gelingt, sich nach Deutschland durchzuschlagen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Zuwanderer, anders als in den 60er und 70er Jahren, seit Mitte der 80er Jahre häufig nicht mehr als Arbeitskräfte, sondern als Schutzsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge nach Deutschland kommen. So hat die Zahl der Ausländer von 1985 bis 1998 um zwei Drittel zugenommen, gleichzeitig ist aber die Zahl der ausländischen Sozialhilfeempfänger um das Dreieinhalbfache gestiegen. In der zitierten Studie des ifo Instituts und des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht wird festgestellt, daß unser Sozialsystem besonders auf die gering qualifizierten potentiellen Zuwanderer eine „Magnetwirkung“ ausübt; zum Lohngefälle als zentraler Determinante der Zuwanderung kommt in Deutschland eine „Migrationsprämie“ für die Zuwanderung in die Sozialsysteme hinzu, von der ein „künstlicher Wanderungsanreiz“ ausgeht.

So lange Deutschland das einzige Land der Welt mit einem in der Verfassung garantierten individuellen Recht auf Asyl ist, wird ein großer Anteil der Zuwanderungen eine „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ bleiben und auf Grund der verfassungsrechtlichen Bestimmungen nicht begrenzt und nicht gesteuert werden können. Allein schon die Zahl der pro Jahr hinzukommenden Asylbewerber hat die gleiche Größenordnung wie das jährliche Geburtendefizit (rd. 80 Tsd.). Diese Zahl entzieht sich der Planung und Begrenzung, denn über die Höhe der Asylbewerber-Zahlen wird durch die individuellen Wanderungsentscheidungen der Menschen in der Dritten Welt entschieden, nicht durch die deutsche Politik. Deshalb ist die Harmonisierung des Asyl- und Flüchtlingsrechts und dessen Handhabung in der Praxis in den Ländern der Europäischen Union eine entscheidende Voraussetzung zur Steuerung und Begrenzung durch ein Zuwanderungsgesetz, wie immer dessen arbeitsmarktbezogene oder sonstige Ziele und Bestimmungen lauten mögen.

Im Regierungsentwurf für ein Zuwanderungsgesetz nimmt der Begriff der „Steuerung“ eine zentrale Stellung ein. Was bedeutet dieser Begriff? Eine Steuerung ohne die Vorstellung eines klaren Zieles und Weges, auf dem das Ziel erreicht werden kann, ist nicht möglich, dann bleibt „Steuerung“ ein bloßes Wort, mit dem auch eine Ausweitung der Zuwanderung gemeint sein kann. Bei der Interpretation des Begriffs Steuerung wurde von Minister Schily stets betont, daß mit dem Zuwanderungsgesetz keine demographischen Ziele verfolgt werden sollen. Auch wenn die Regierung eine Zuwanderungspolitik aus demographischen Motiven strikt ablehnt, so kann sie die demographischen Auswirkungen der Zuwanderungen doch nicht verhindern. Diese Auswirkungen zu ignorieren, bedeutet, daß die wichtigste Voraussetzung jeder Zuwanderungspolitik und ihr eigentlich selbstverständliches Oberziel verfehlt wird: die Erhaltung der Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaft. Das Integrationsziel wird um so unerreichbarer, je mehr der Anteil der Zugewanderten an der Bevölkerung wächst. In vielen Großstädten wird die jüngere deutsche Bevölkerung durch die demographische Entwicklung zu einer Minorität unter anderen Minoritäten. Das Ende der deutschen Mehrheitsgesellschaft bei den Jüngeren in vielen großen Städten würde das Ende ihrer Integrationsfähigkeit bedeuten: Wer soll in der Multiminoritätengesellschaft Deutschlands wen integrieren?

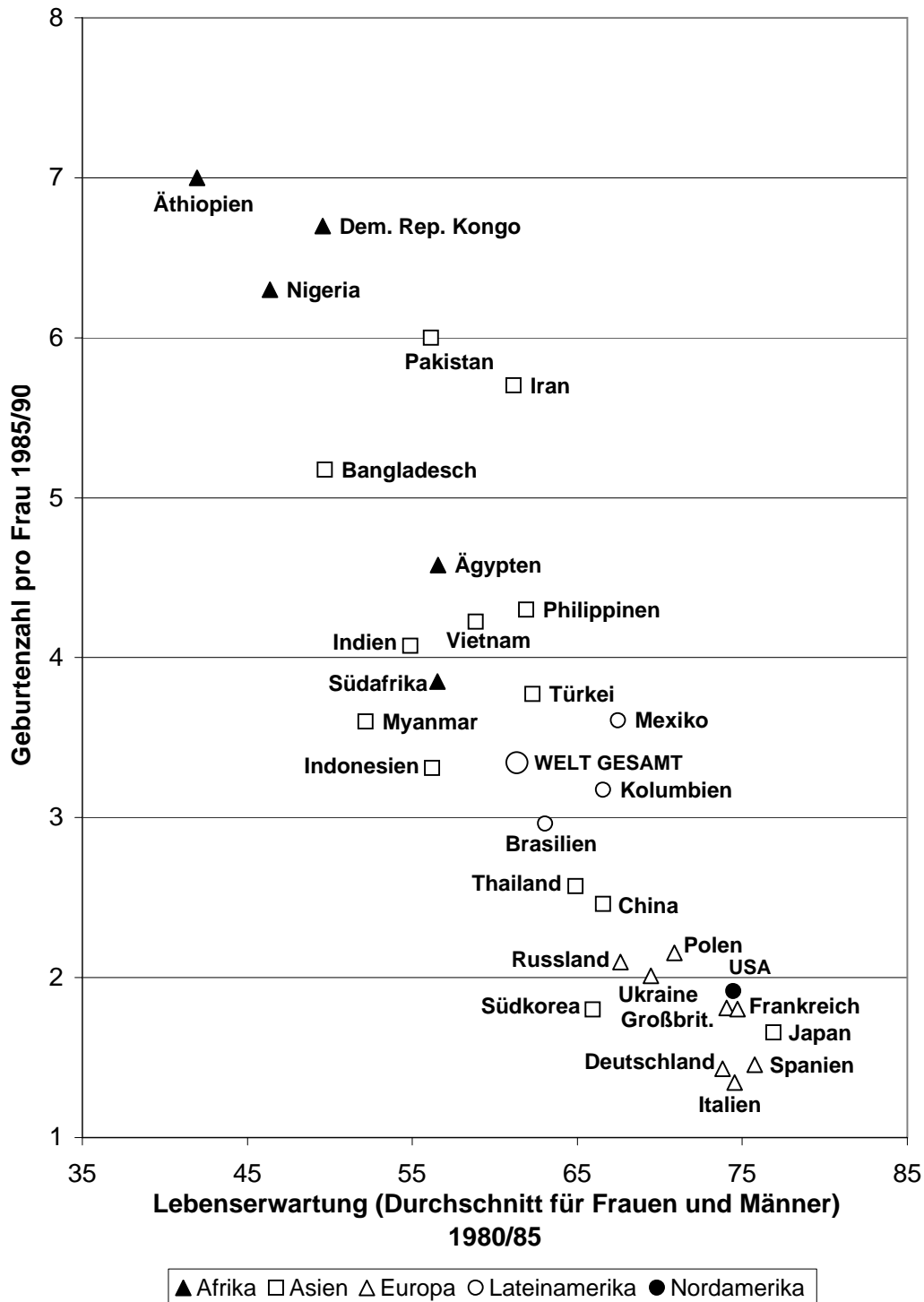
Die Änderung der Asyl-Bestimmungen der deutschen Verfassung mit dem Ziel, eine wirksame Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung zu ermöglichen, wird von den meisten politischen Entscheidungsträgern mit dem Argument abgelehnt, daß die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert uns zur Beibehaltung der Asylbestimmungen

verpflichtete. Wer dieses Argument anerkennt, muß den ihm zugrunde liegenden Gedanken ernst nehmen und weiterdenken: Wie sollen die auf Grund der Asyl-Bestimmungen Zugewanderten sich mit der Werteordnung unserer Verfassung identifizieren, wenn sie sich nicht mit unserer Geschichte identifizieren können, mit der die Asyl-Bestimmungen begründet werden?

Von anderen zu erwarten, daß sie unsere kulturellen Werte und unsere Verfassung anerkennen, setzt voraus, daß wir uns selbst mitsamt unserer Geschichte annehmen. Es gibt ethische Pflichten gegenüber anderen, aber auch die „Pflicht gegen uns selbst“ (Immanuel Kant). Die Pflicht gegen uns selbst gebietet es, daß wir die tragenden Grundgedanken der Verfassung weiterentwickeln und die Verfassung ändern, wenn sie uns durch die sich ändernde Wirklichkeit zu Handlungen zwingt, die zu den Verfassungsprinzipien und zu unseren Pflichten im Widerspruch stehen.

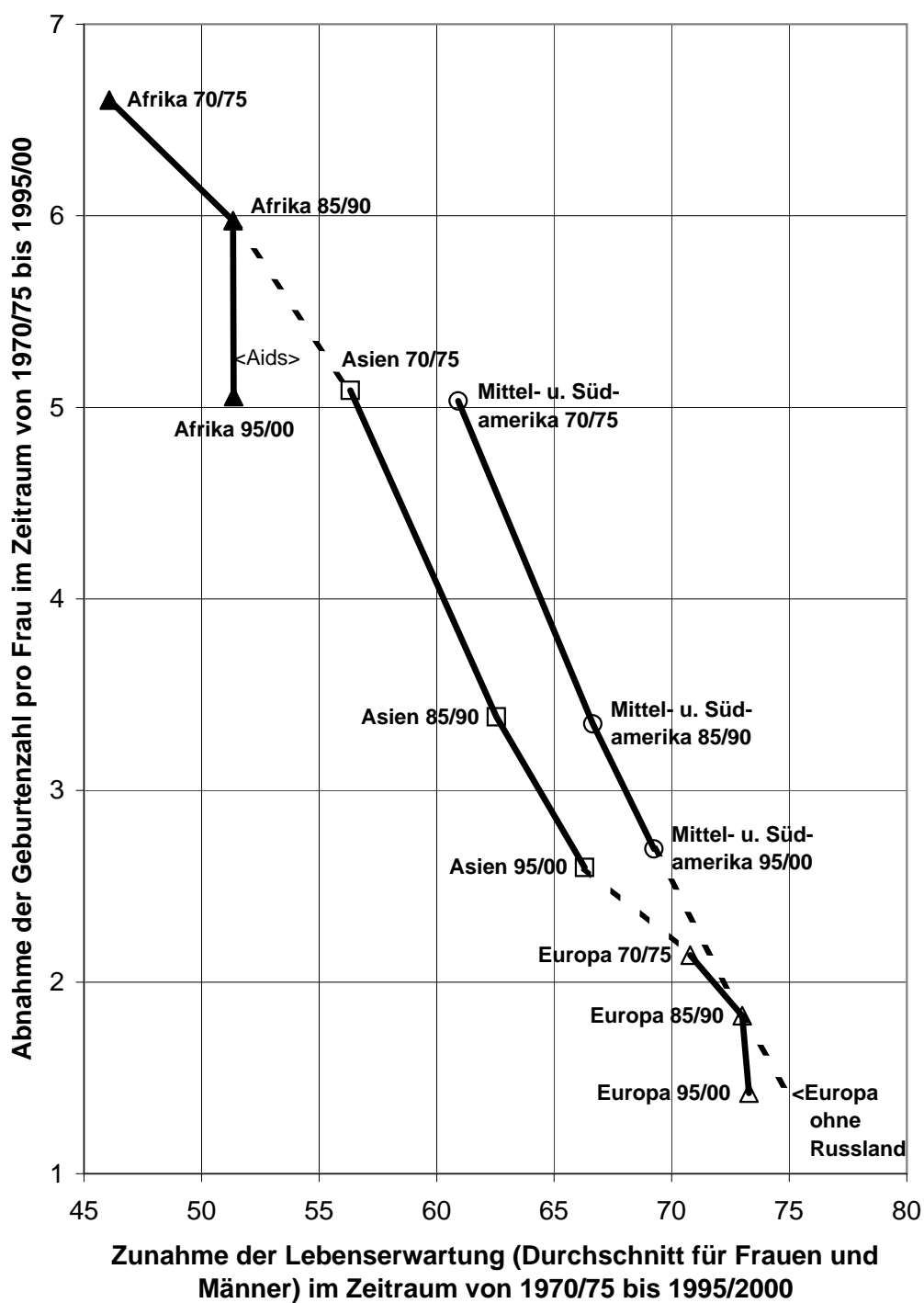
Unsere jüngere Geschichte und die Bedeutung der sie widerspiegelnden Verfassungsprinzipien wird heute auch in anderen ethischen Streitfragen hervorgehoben, insbesondere in der Auseinandersetzung über die richtige Haltung Deutschlands in bezug auf die Prinzipien der Bioethik. Die folgende Mahnung eines deutschen Philosophen im Rahmen der Debatte über die Bioethik ist ein Appell an die Politik, der auch die demographische Politik und die Wanderungspolitik als einen ihrer wesentlichen Teile betrifft: „Wo viel Schatten ist, wer will ihn leugnen, da ist nicht nur Schatten, sondern auch viel Licht; und auf je seine Art verpflichtet beides: dieses Licht nicht weniger als jener Schatten. Wie oft soll uns noch ein Ausländer im Bundestag auf deutsch daran erinnern müssen, welche Überlieferung auch in der deutschen Sprache spricht, wie etwa aus den Werken Goethes, Schillers oder Kants, von dem auch noch die bisher beste Rechtsbegründung überliefert ist? Wenn wir sie nicht allmählich wieder selbst beherzigen, wird bald auch nicht einmal mehr jemand anderer uns an solche Überlieferung erinnern können.“

Schaubild 1: Zusammenhang zwischen der Geburtenzahl pro Frau und der Lebenserwartung für die 30 bevölkerungsreichsten Länder der Welt mit insgesamt 80% der Weltbevölkerung



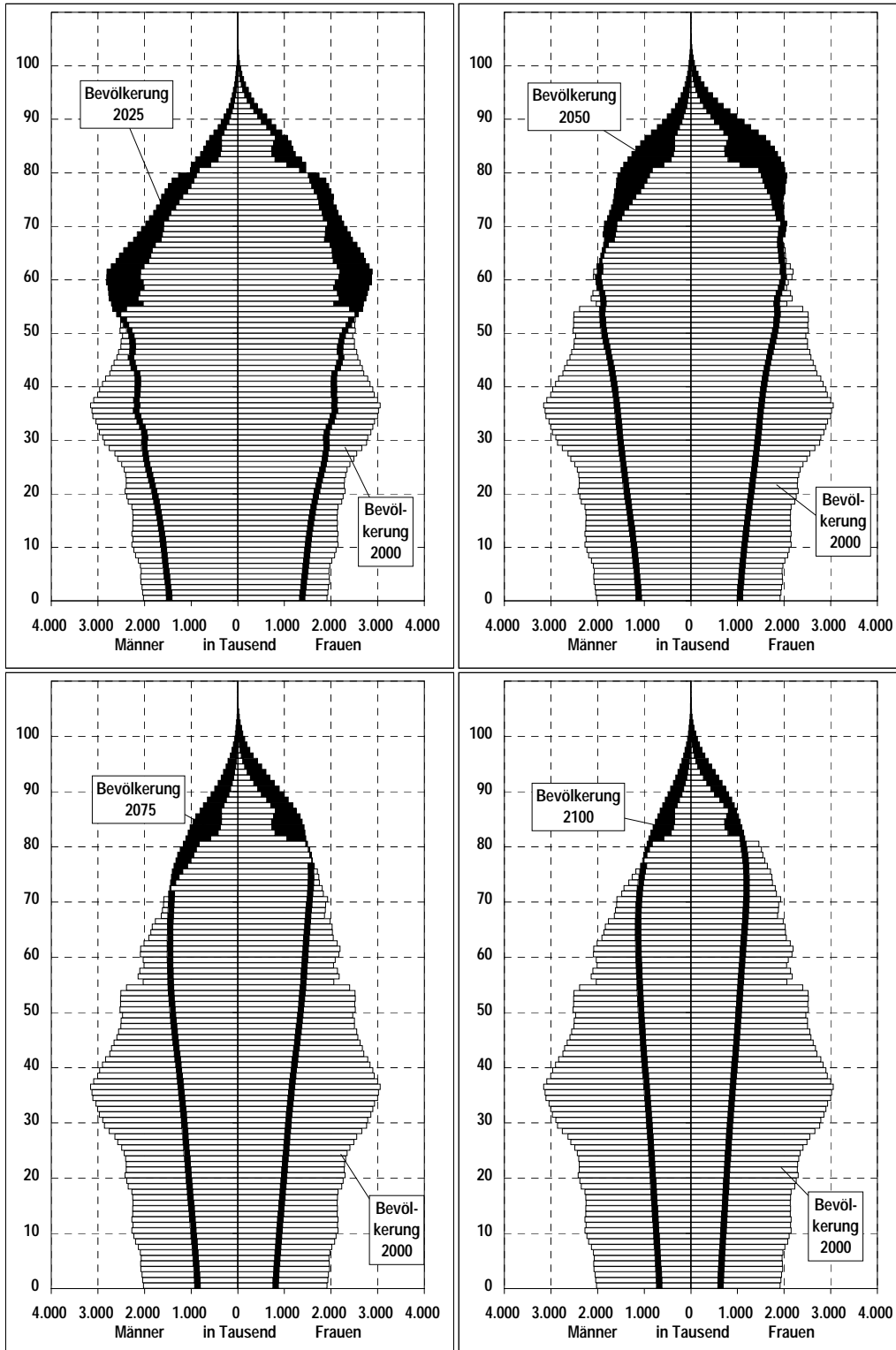
Quelle: H. Birg, Die demographische Zeitenwende, München 2001, S. 26.

Schaubild 2: Zusammenhänge zwischen der Zunahme der Lebenserwartung und der Abnahme der Geburtenzahl pro Frau



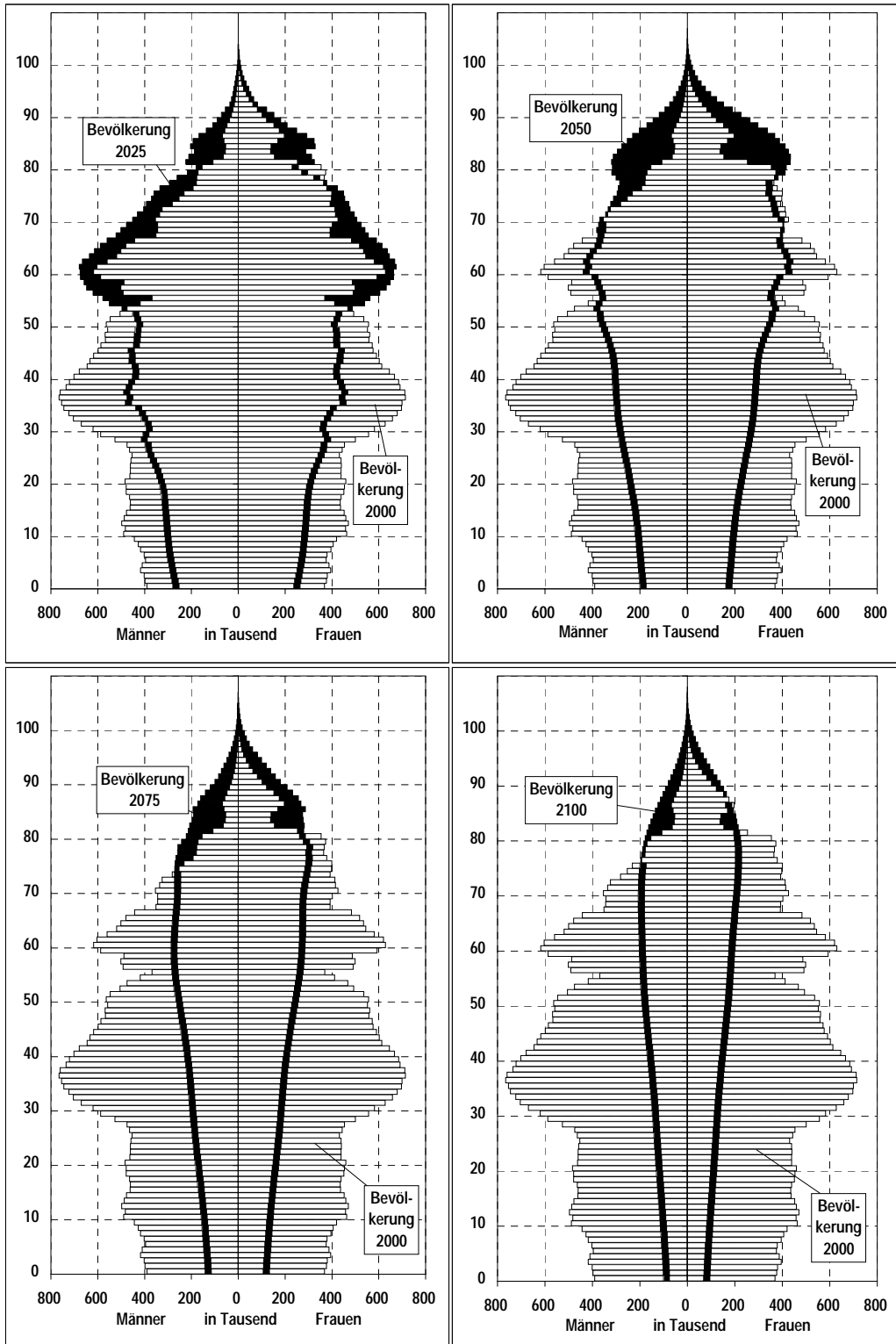
Quelle: wie Schaubild 1, S. 27.

**Schaubild 3: Altersstruktur der EU-15 2000, 2025, 2050, 2075 und 2100
(Annahme für die Geburtenzahl pro Frau: Anstieg von 1,47 auf 1,56)**



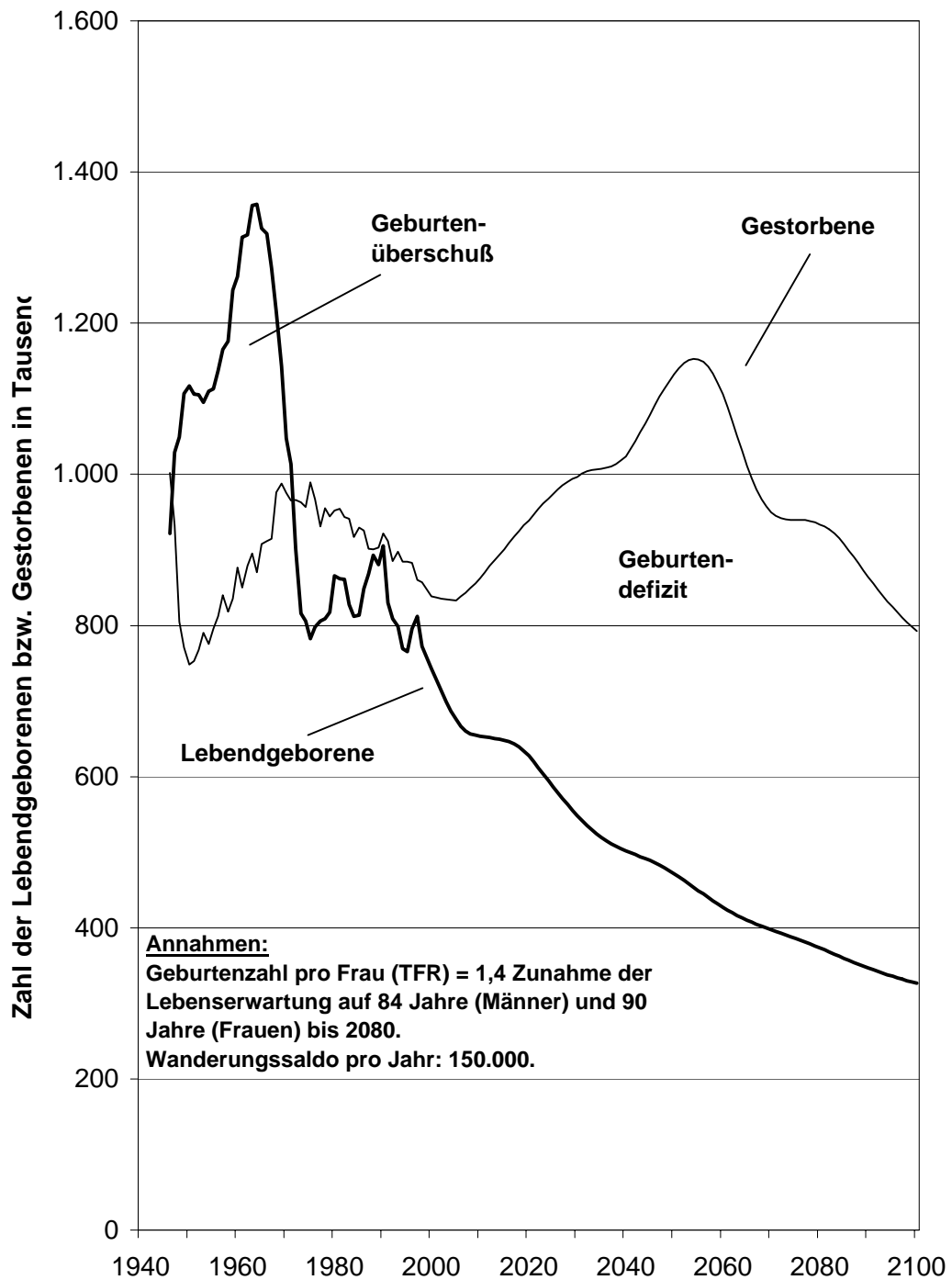
Quelle: wie Schaubild 1, S. 127.

Schaubild 4: Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands 1998, 2025, 2050, 2075 und 2100 (Annahme für die Geburtenzahl pro Frau: Anstieg von 1,36 auf 1,40)



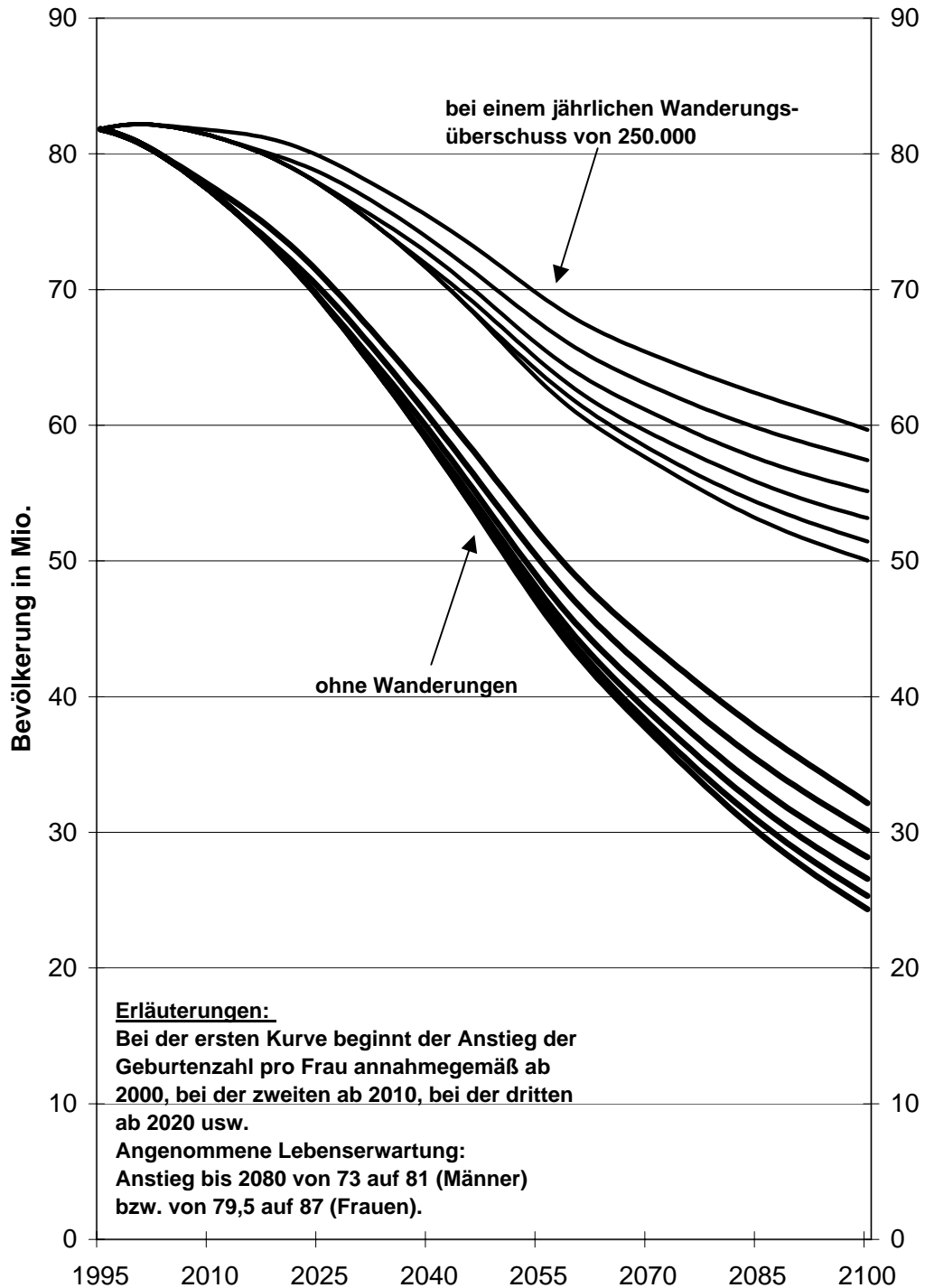
Quelle: wie Schaubild 1, S. 128.

Schaubild 5: Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle in Deutschland von 1949 bis 1997 und Projektionsrechnung von 1998 bis 2100



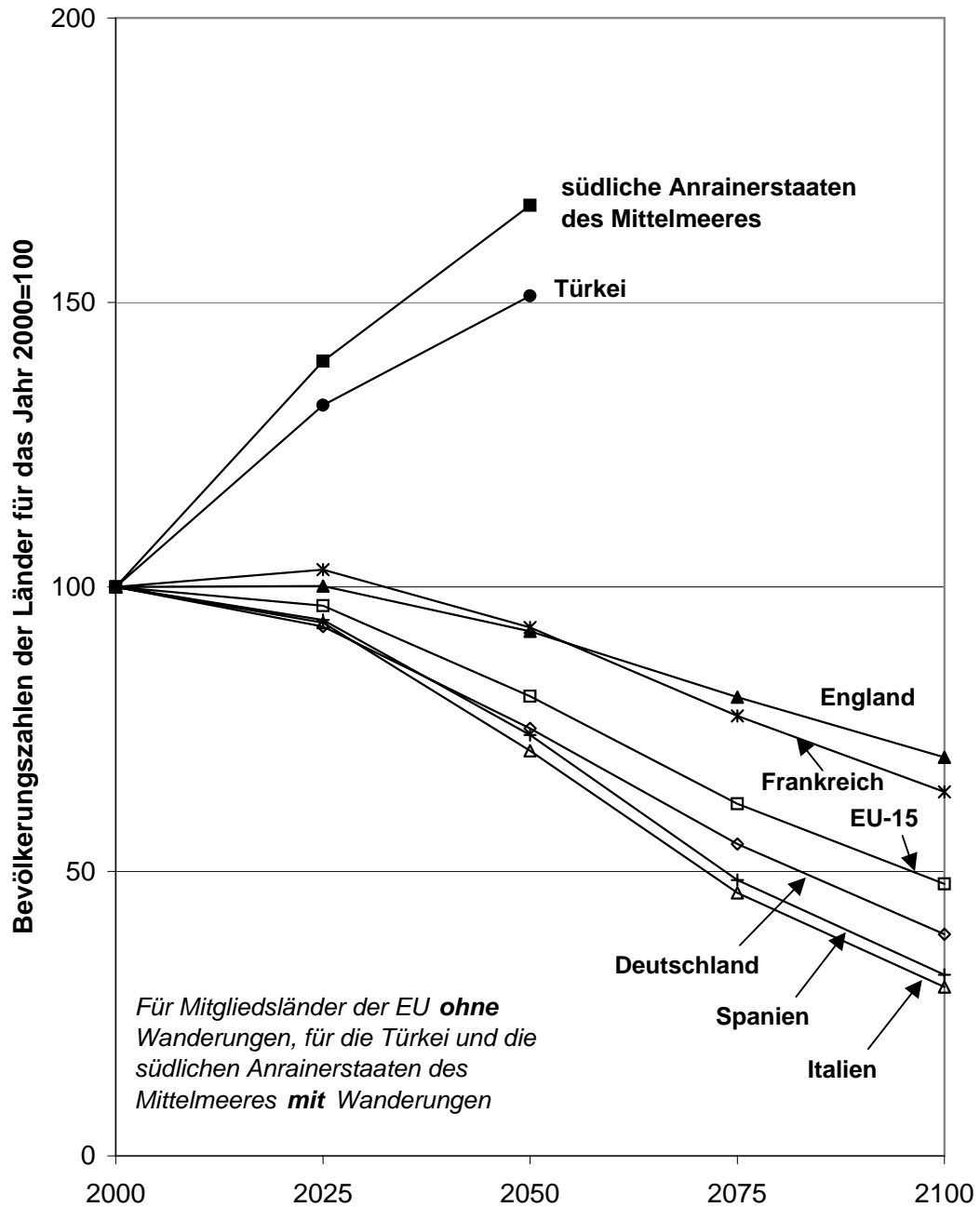
Quelle: Birg, H./Flöthmann, E.-J./Frein, T. u. Ströker, K: "Simulationsrechnungen der Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert", Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 45. Universität Bielefeld, Bielefeld 1998, Var. 5, S. 47.

Schaubild 6: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert ohne bzw. mit Wanderungen - für einen angenommenen Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren



Quelle: wie Schaubild 1, S. 99..

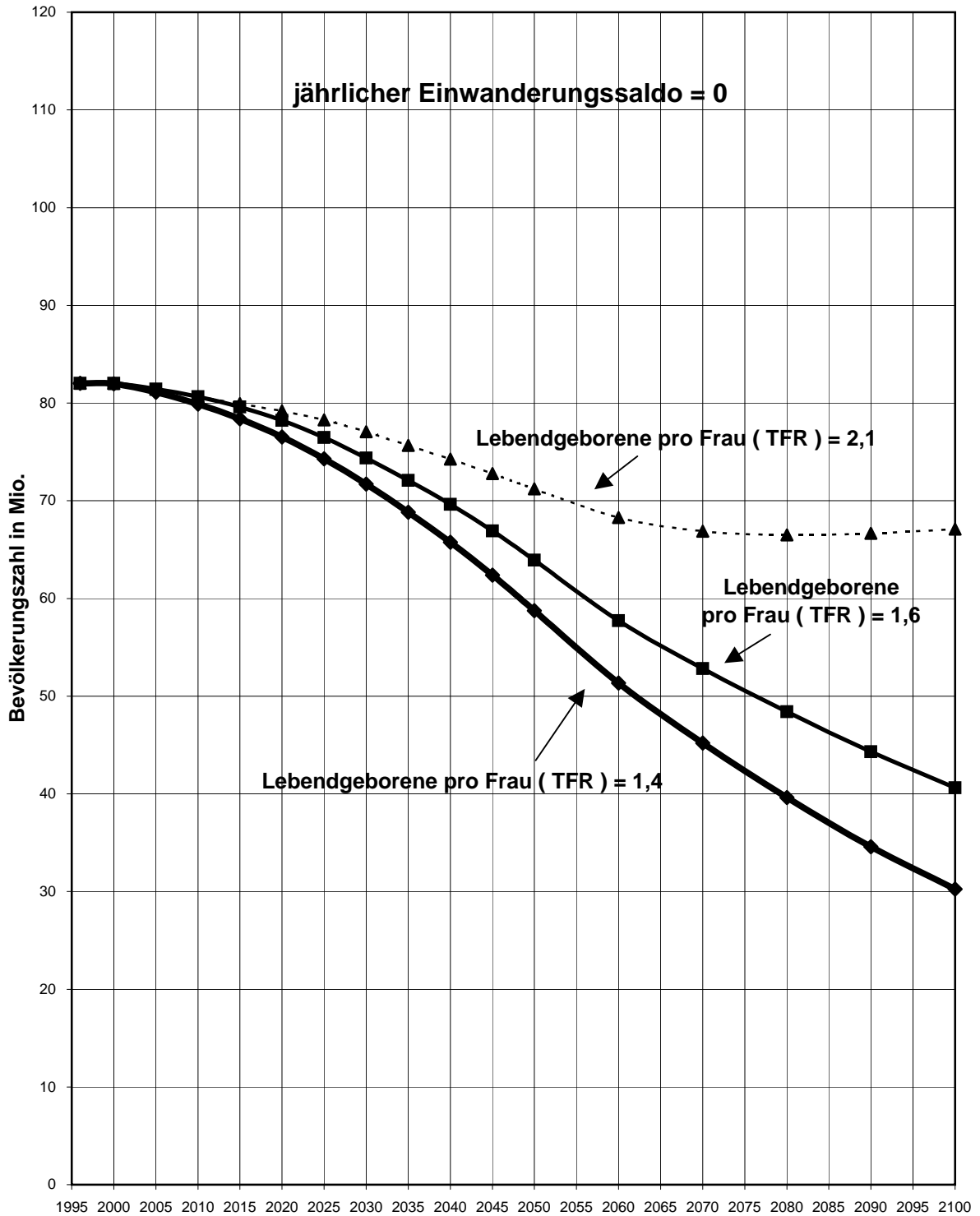
Schaubild 7: Bevölkerungsveränderungen im 21. Jahrhundert in Ländern der EU (15), der Türkei und in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres



Quelle: H. Birg, IBS, Universität Bielefeld.

Daten: Für Deutschland: H. Birg u. E.-J. Flöthmann, Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000, Var. 1; für die übrigen EU-Mitgliedsländer: Th. Frein, Unveröffentlichte Projektionsrechnungen; für die Türkei und die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres: UN (Ed.), World Population Prospects, 1998 Revision, New York 1999 (mittlere Projektionsvariante).

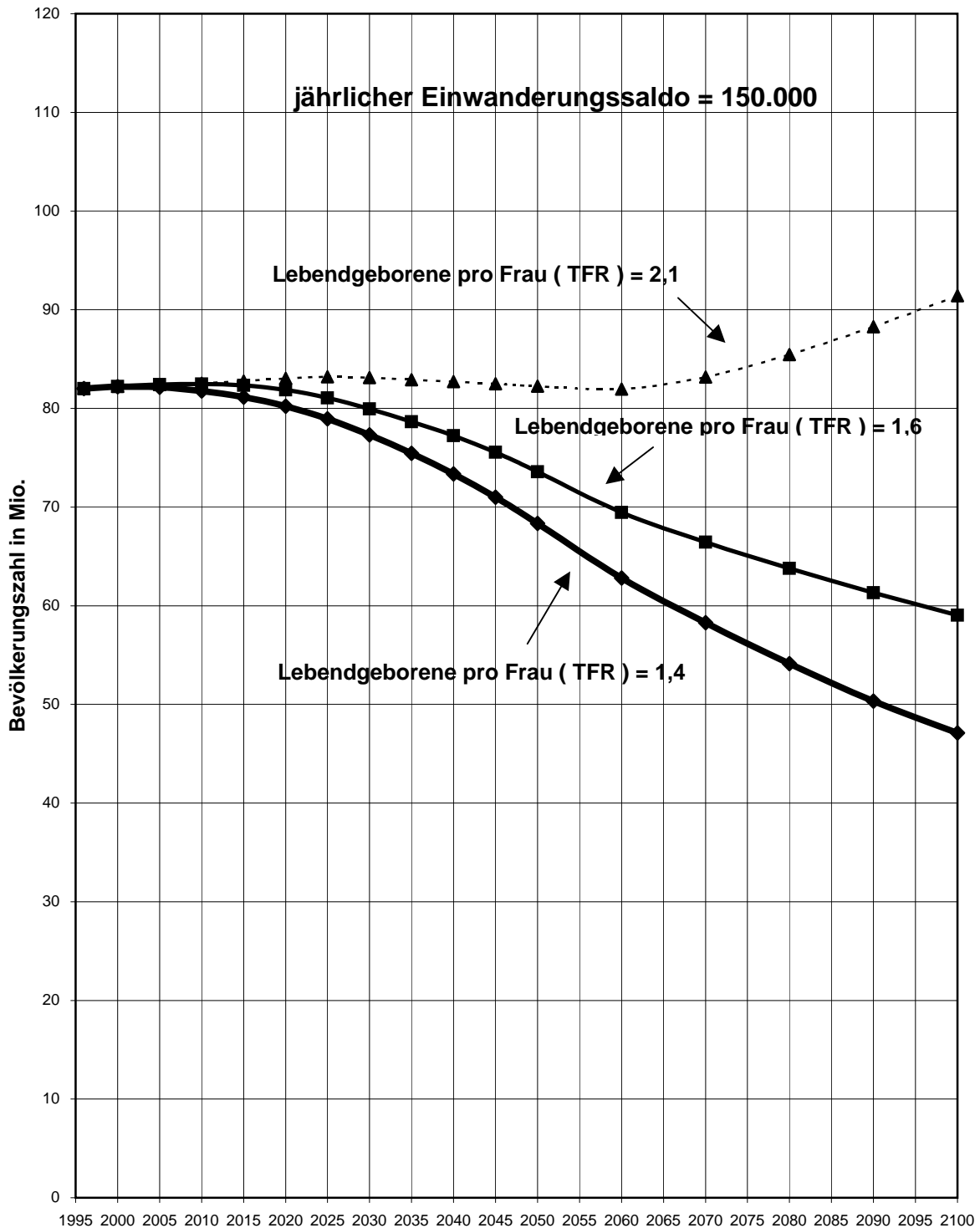
Schaubild 8 : Bevölkerungsprojektionen für Deutschland



Quelle: Birg, H./Flöthmann, E.-J./ Frein, T. u. Ströker, K.:
 "Simulationsrechnungen der Bevölkerungsentwicklung
 in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert"
 Universität Bielefeld, Bielefeld 1999

IBS-Varianten : 1 , 13 , 25

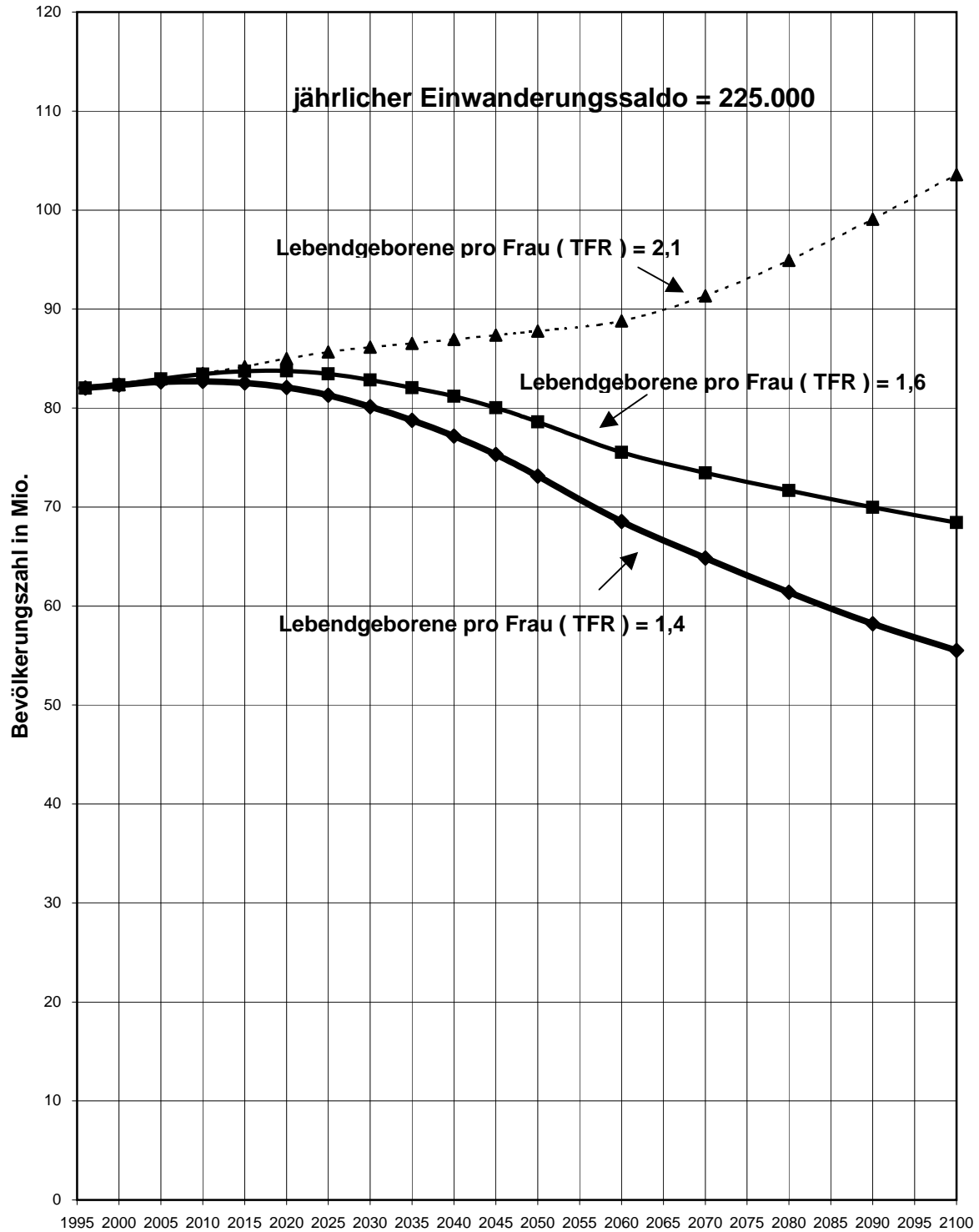
Schaubild 9 : Bevölkerungsprojektionen für Deutschland



Quelle: Birg, H./Flöthmann, E.-J./Frein, T. u. Ströker, K.:
 "Simulationsrechnungen der Bevölkerungsentwicklung in den
 alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert"
 Universität Bielefeld, Bielefeld 1999

IBS-Varianten : 4 , 16 , 28

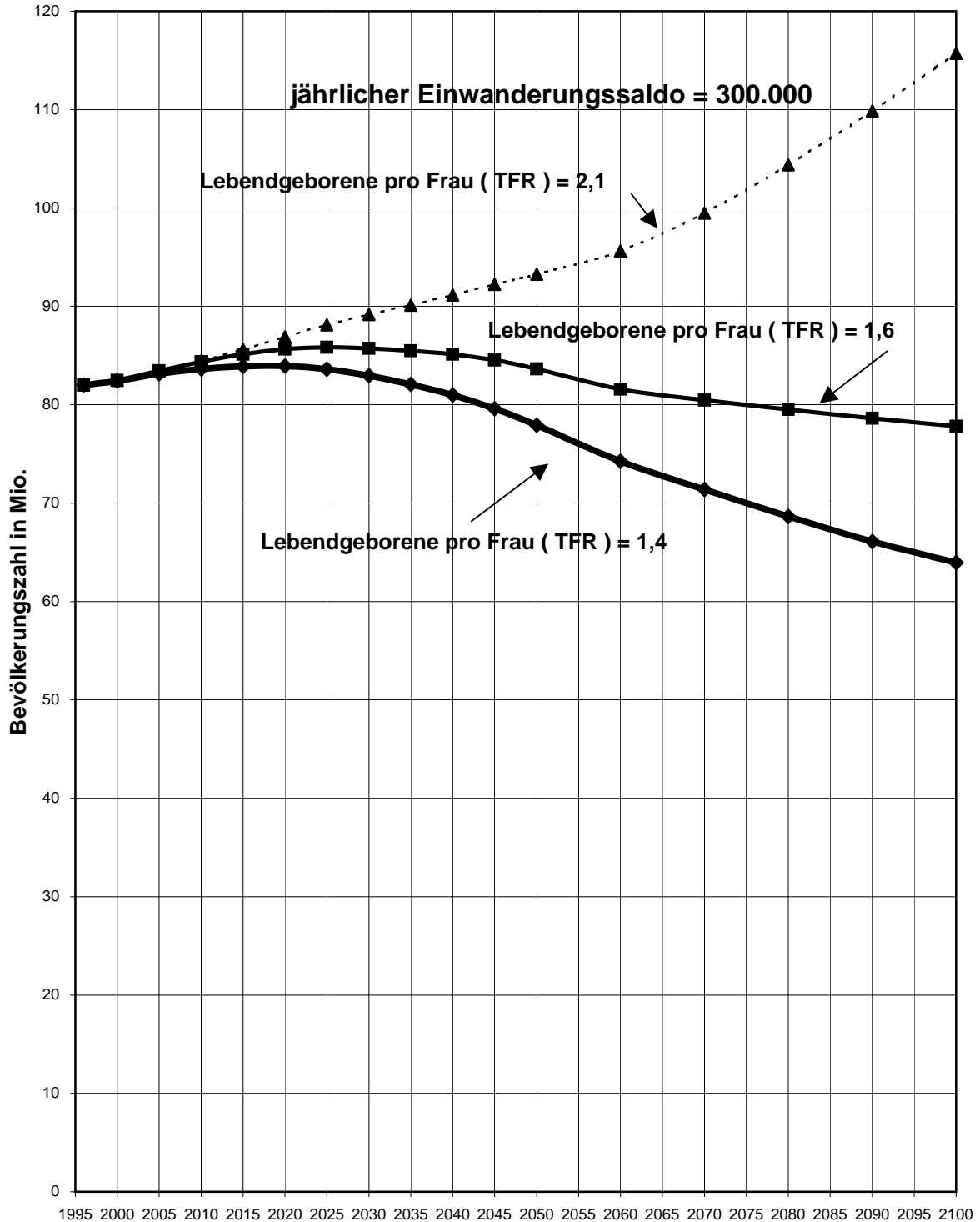
Schaubild 10 : Bevölkerungsprojektionen für Deutschland



Quelle: Birg, H./Flöthmann, E.-J./ Frein, T. u. Ströker, K.:
 "Simulationsrechnungen der Bevölkerungsentwicklung in den
 alten und neuen Bundesländern im 21 .Jahrhundert"
 Universität Bielefeld, Bielefeld 1999

IBS-Varianten : 7 , 19 , 31

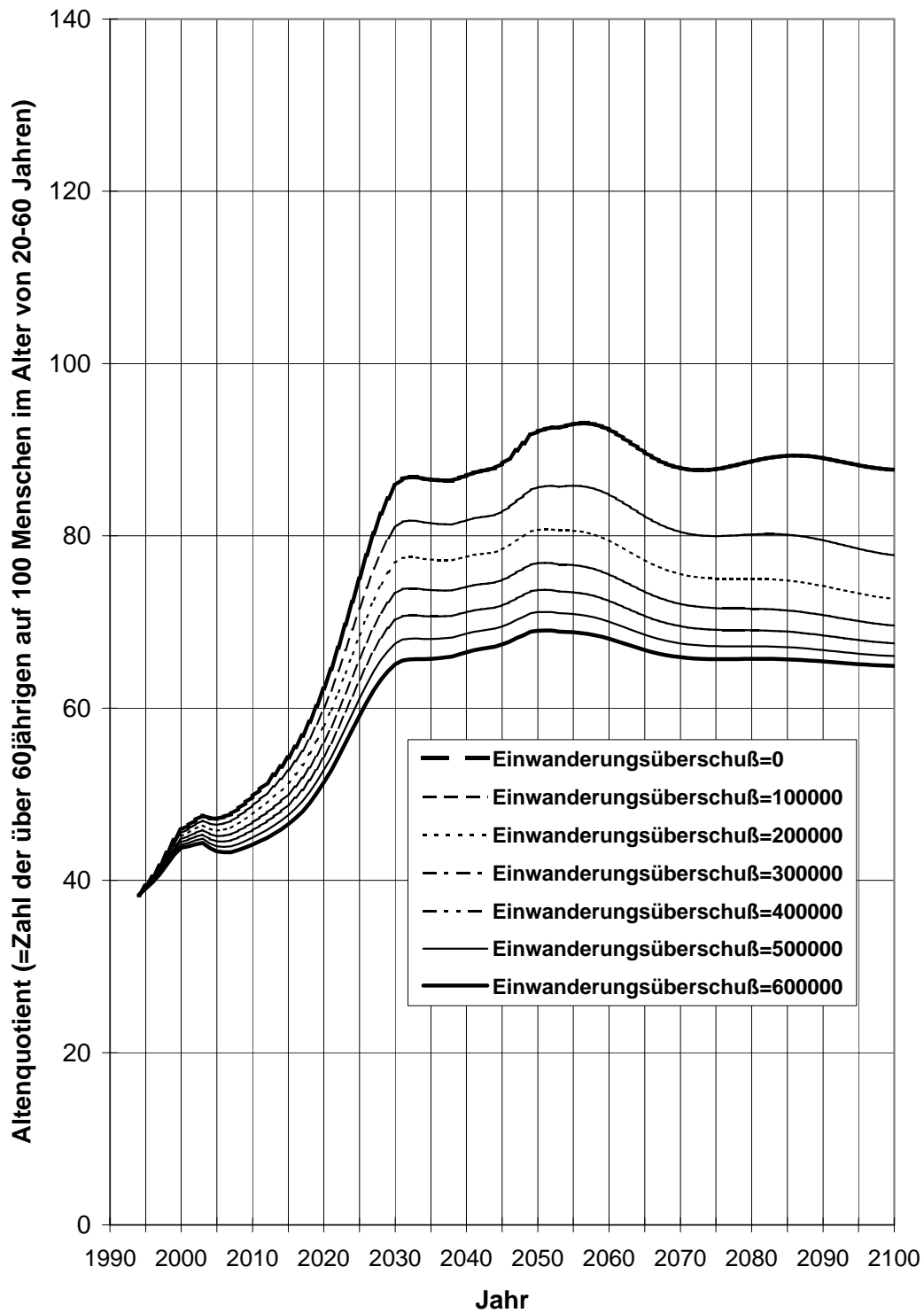
Schaubild 11 : Bevölkerungsprojektionen für Deutschland



Quelle: Birg, H./Flöthmann, E.-J./ Frein, T. u. Ströker, K.:
 "Simulationsrechnungen der Bevölkerungsentwicklung in den
 alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert"
 Universität Bielefeld, Bielefeld 1999

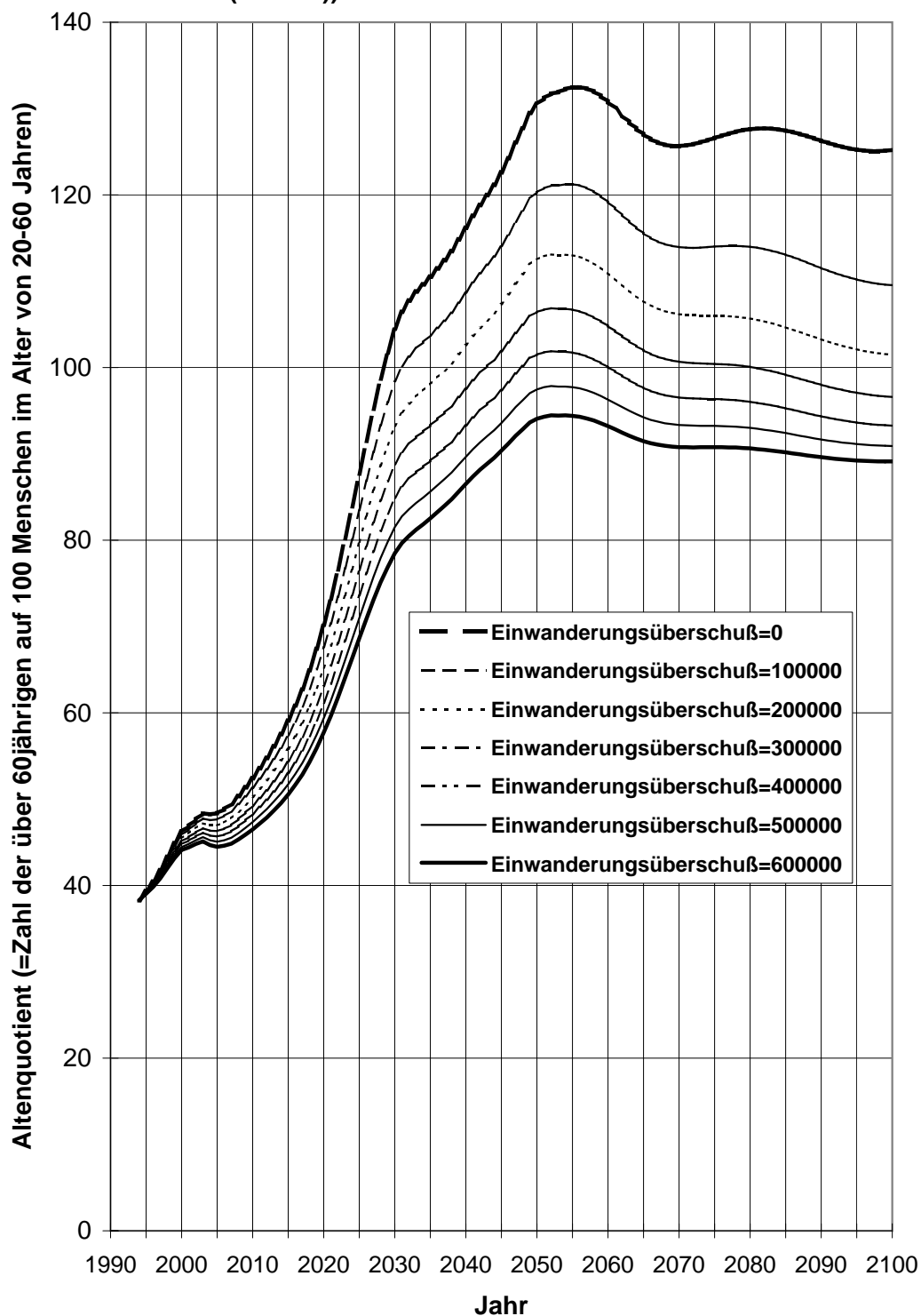
IBS-Varianten : 10 , 22 , 34

Schaubild 12: Zunahme des Altenquotienten in Deutschland in Abhängigkeit von der Höhe des Einwanderungsüberschusses (für eine konstante Lebenserwartung von 75 (Männer) bzw. 81 Jahren (Frauen))



Quelle: wie Schaubild 1, S. 179.

Schaubild 13: Zunahme des Altenquotienten in Deutschland in Abhängigkeit von der Höhe des Einwanderungsüberschusses (für eine zunehmende Lebenserwartung auf 84 (Männer) bzw. 90 Jahre (Frauen))



Quelle: wie Schaubild 1, S. 180.

Schaubild 14a: Entwicklung des Altenquotienten in fünf alternativen Projektionen (alte Bundesländer)

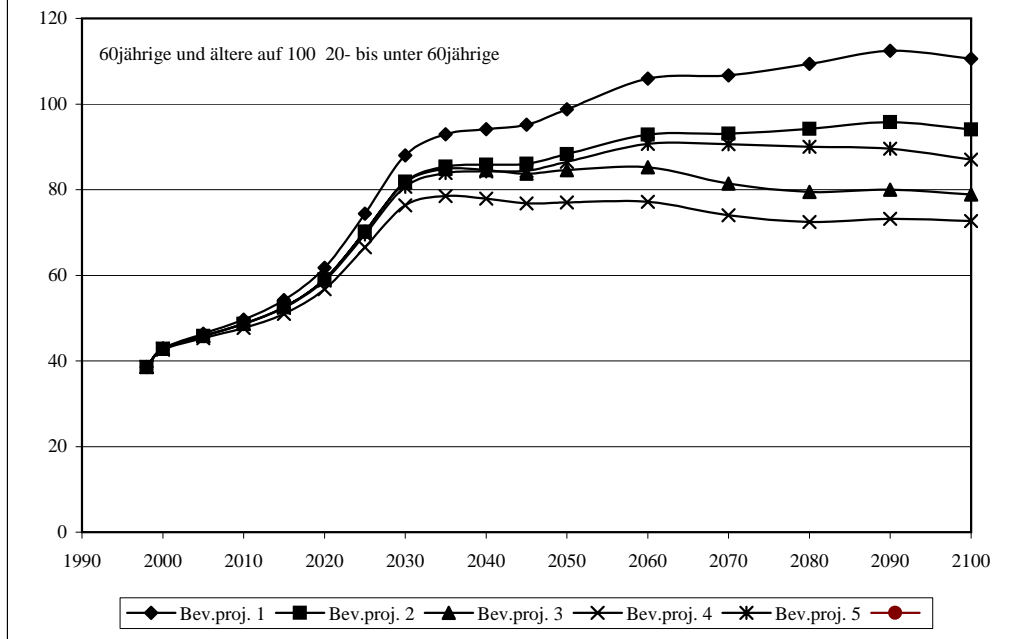


Schaubild 14b: Entwicklung des Altenquotienten in fünf alternativen Projektionen (neue Bundesländer)

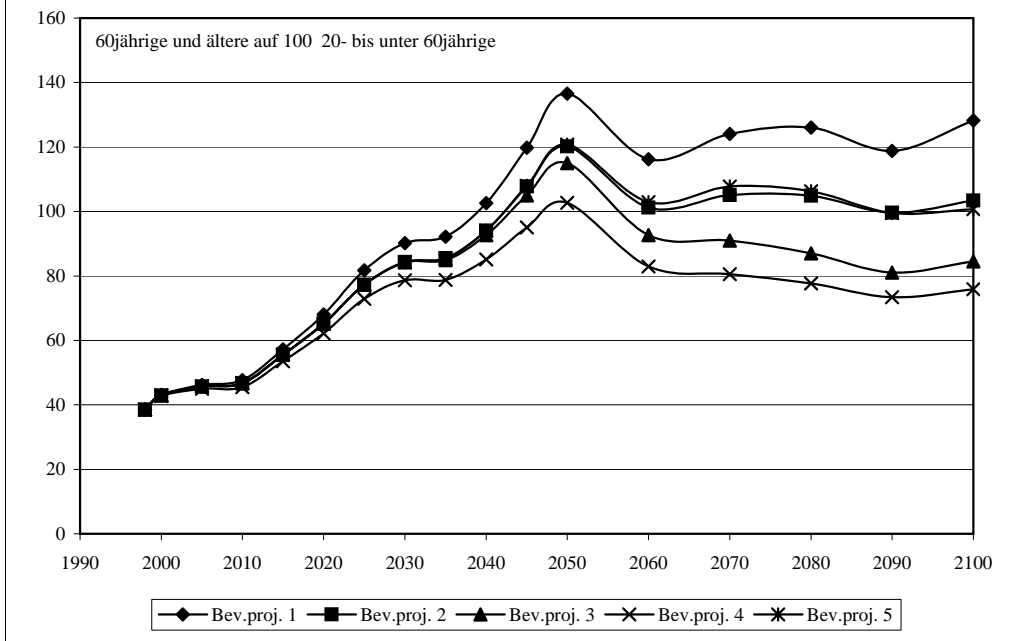


Schaubild 15a: Entwicklung des Altenquotienten in fünf alternativen Projektionen (deutsche Bevölkerung im Jahr 1998 und ihre Nachkommen)

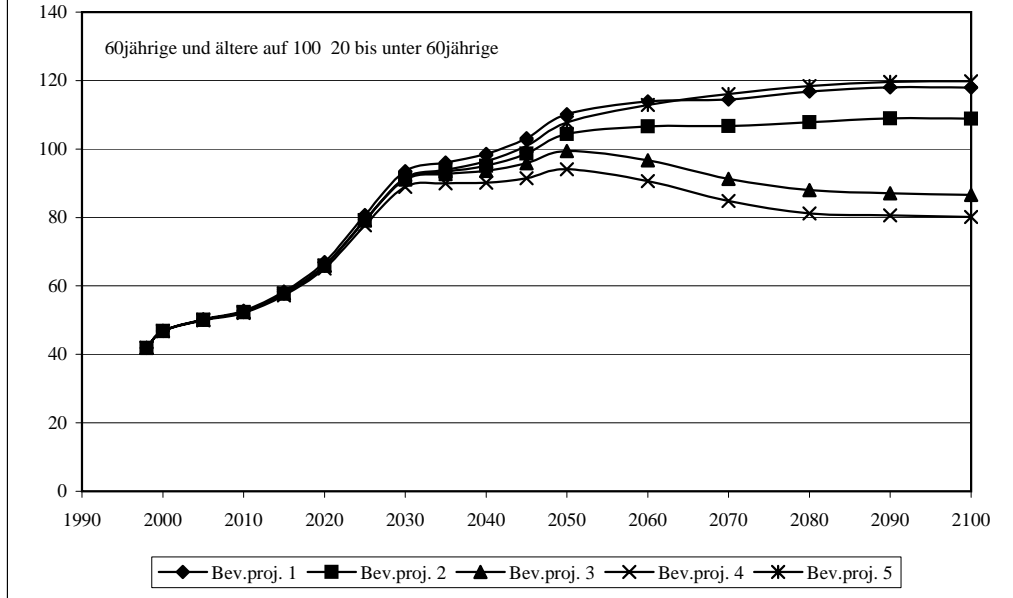


Schaubild 15b: Entwicklung des Altenquotienten in fünf alternativen Projektionen (zugewanderte Bevölkerung und ihre Nachkommen)

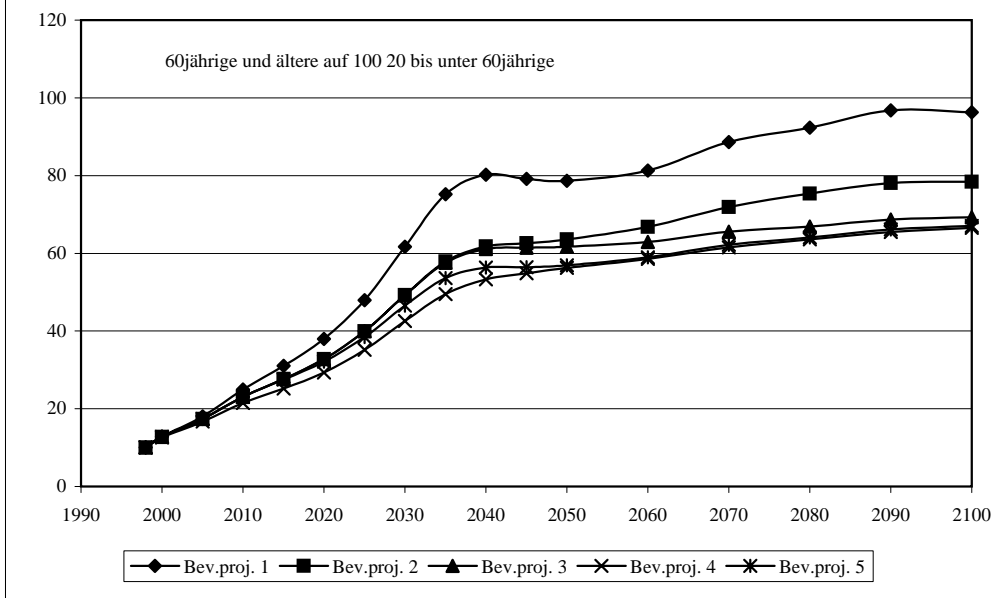
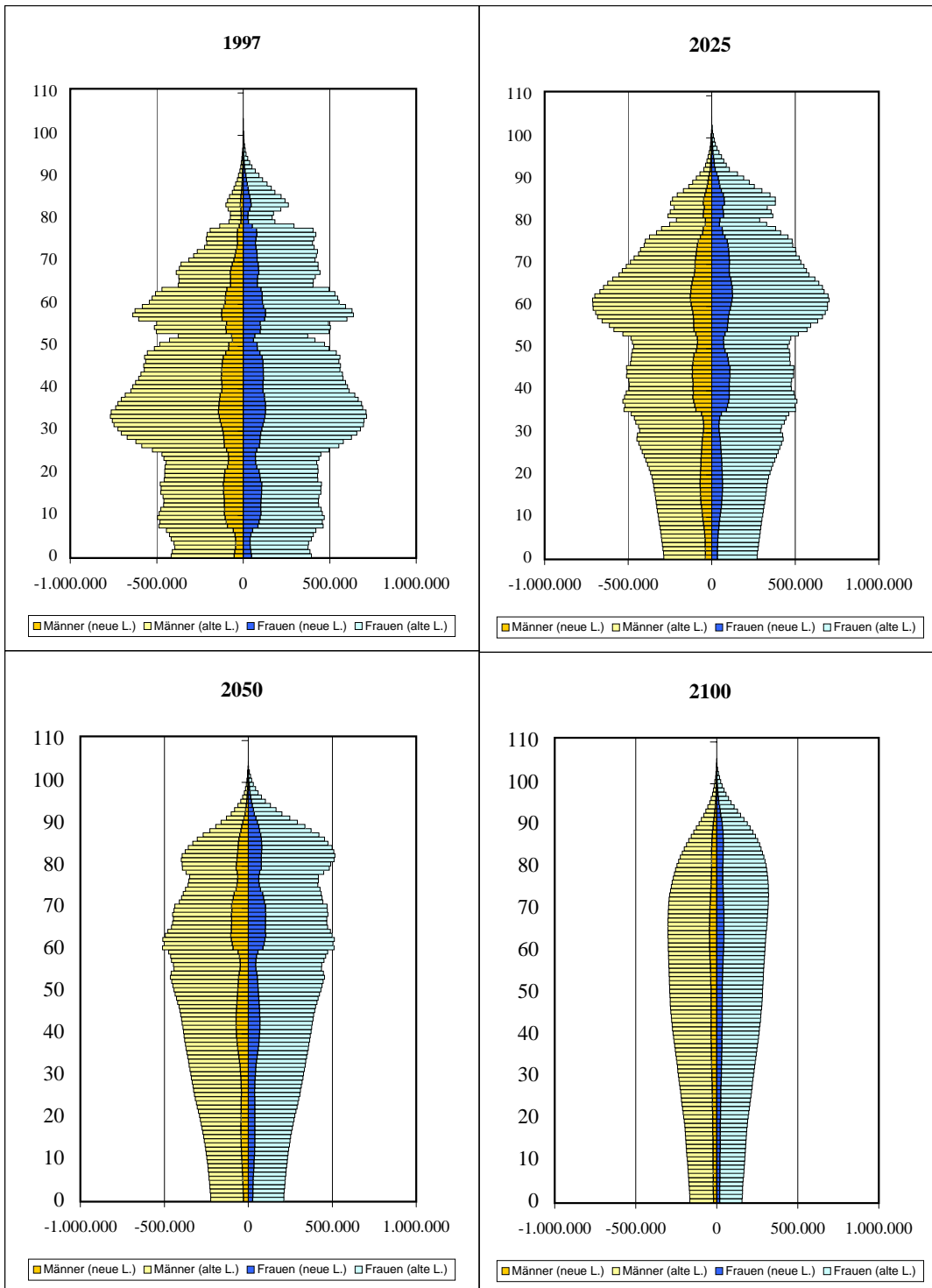
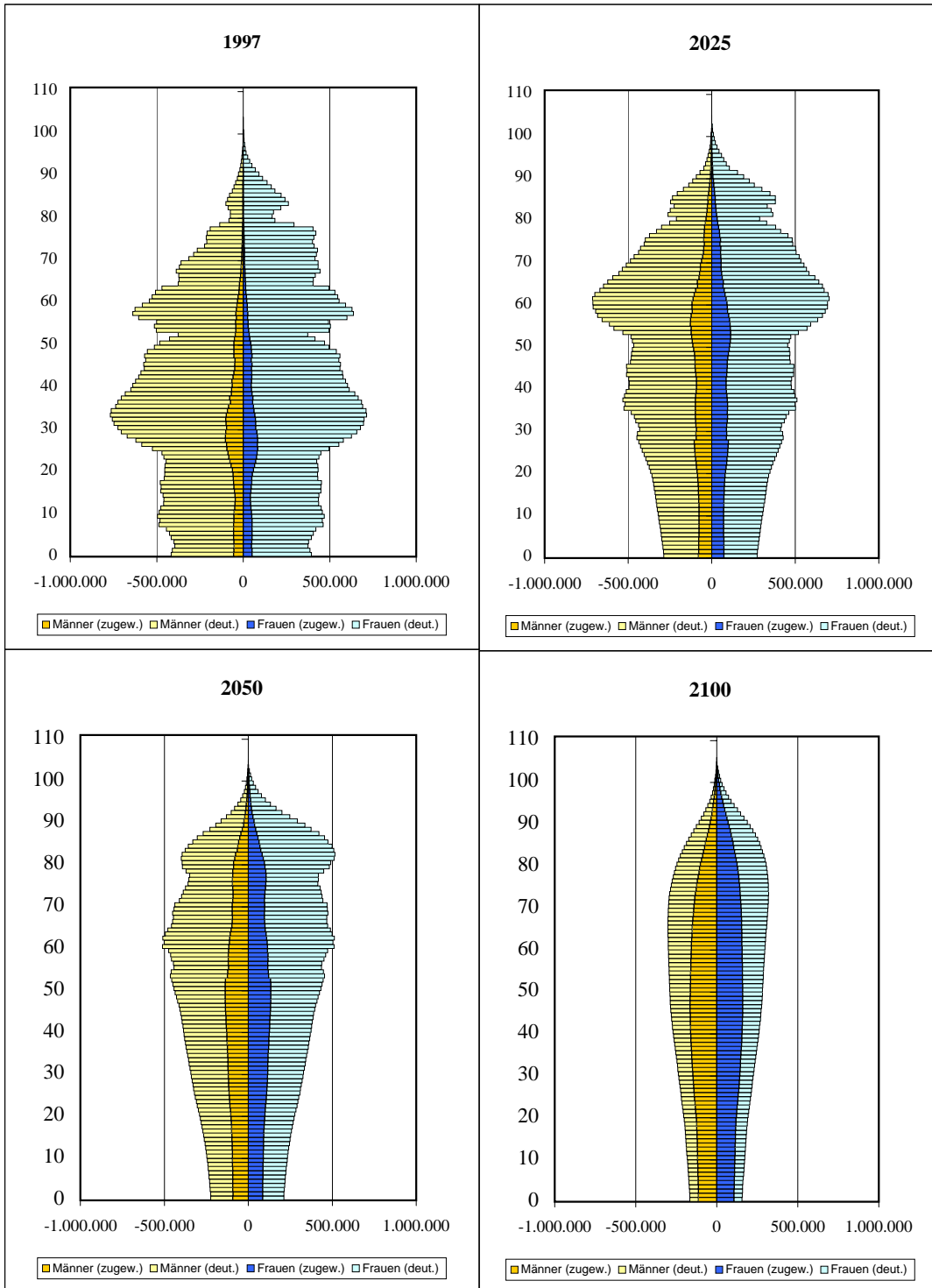


Schaubild 16: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern



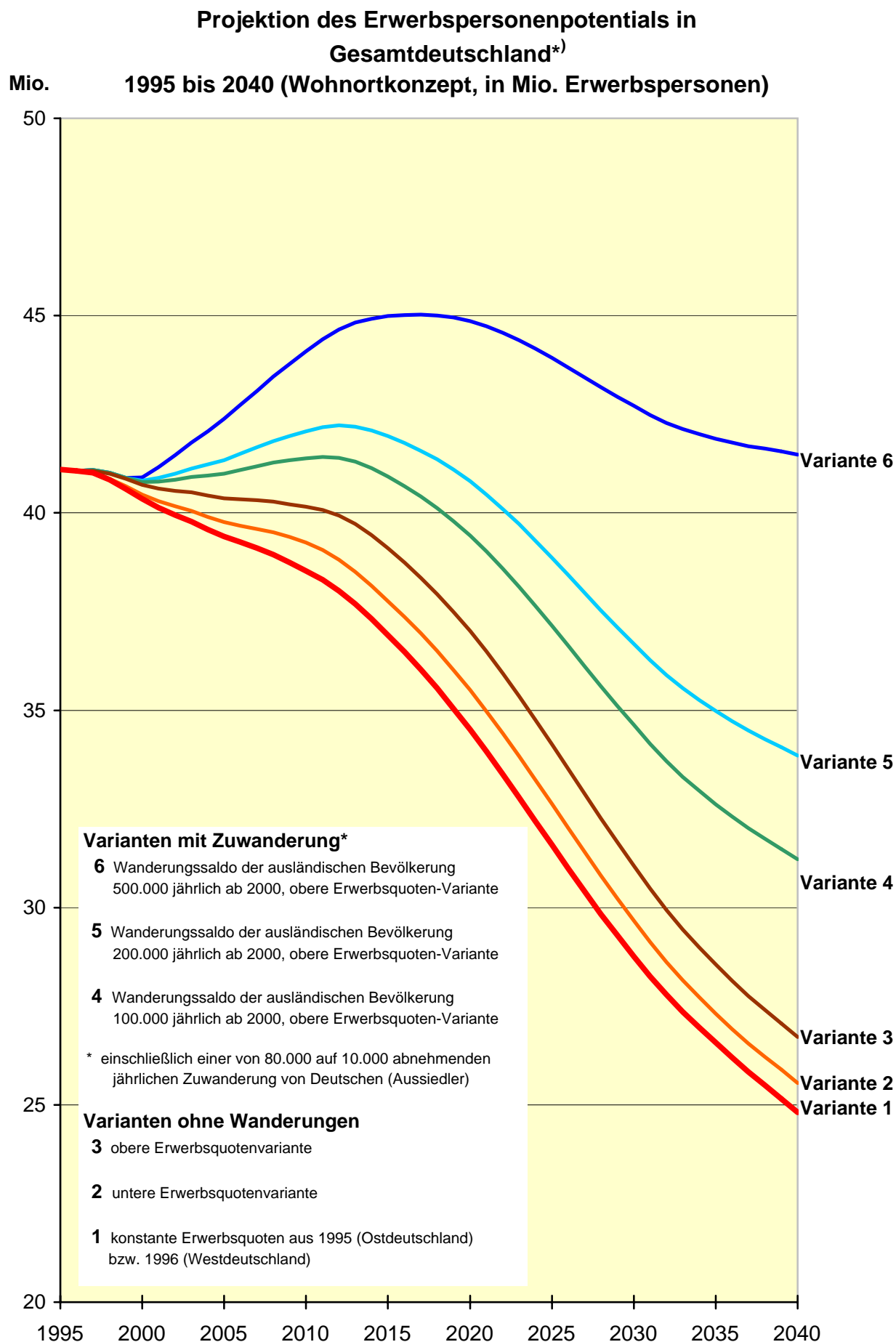
Birg/Flöthmann, IBS, Univ. Bielefeld 1999

Schaubild 17: Entwicklung der Altersstruktur der deutschen und zugewanderten Bevölkerung in Deutschland



Birg/Flöthmann, IBS, Univ. Bielefeld 1999

Quelle: siehe Schaubild 14.



*) Die Zahlen berücksichtigen noch nicht die durch die VGR-Revisionen bedingten Anpassungen der Arbeitsmarktdaten

Tabelle 1: Familiengröße bei den Frauenjahrgängen 1940-65 in Deutschland bzw. lebenslange Kinderlosigkeit

	Von 1000 Frauen haben im Verlauf ihres Lebens ... Kinder					
Jahrgang	0	1	2	3	4 u.m.	Summe
1940	106,2	263,9	340,7	185,3	103,9	1000
1945	129,8	303,8	346,1	140,3	80,0	1000
1950	158,1	294,0	342,9	130,8	74,2	1000
1955	218,8	249,0	335,0	124,7	72,5	1000
1960	259,9	215,5	323,6	124,1	76,9	1000
1965	321,3	175,6	311,6	110,7	80,8	1000

	Von 1000 Frauen <u>mit Kindern</u> haben im Verlauf ihres Lebens ... Kinder					
Jahrgang		1	2	3	4 u.m.	Summe
1940		295,3	381,2	207,3	116,2	1000
1945		349,1	397,7	161,2	91,9	1000
1950		349,2	407,3	155,4	88,1	1000
1955		318,7	428,8	159,6	92,8	1000
1960		291,2	437,2	167,7	103,9	1000
1965		258,7	459,1	163,1	119,1	1000

Quelle: Herwig Birg, E.-Jürgen Flöthmann: Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- bzw. Transferquotienten zwischen den Generationen. Forschungsbericht im Auftrag der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" des Deutschen Bundestages, IBS-Materialien, Bd. 38, Universität Bielefeld, Bielefeld 1996, Tabelle. 4, S. 35.

Tabelle 2a
Bevölkerungsprojektion 5

	1998	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2060	2070	2080	2090	2100	
Bevölkerungszahl gesamt (in Tsd.)																		
alte Länder	66.688	67.119	67.282	67.002	66.490	65.873	65.085	63.983	62.571	60.918	59.013	56.879	52.439	48.832	45.612	42.509	39.998	
Deutsche	59.610	59.309	58.393	57.096	55.564	53.886	52.012	49.873	47.509	44.995	42.315	39.480	33.837	29.168	24.923	20.950	17.722	
Zugewanderte	7.078	7.809	8.888	9.906	10.926	11.987	13.073	14.110	15.063	15.922	16.698	17.399	18.601	19.663	20.689	21.559	22.277	
neue Länder	15.369	15.250	15.125	15.045	14.870	14.502	14.008	13.492	12.980	12.440	11.807	11.098	9.729	8.571	7.483	6.736	6.069	
Deutsche	15.028	14.839	14.613	14.429	14.142	13.647	13.017	12.364	11.718	11.051	10.297	9.474	7.891	6.525	5.234	4.299	3.461	
Zugewanderte	341	411	512	616	729	855	991	1.128	1.261	1.389	1.510	1.624	1.839	2.046	2.249	2.437	2.607	
Deutschland	82.057	82.369	82.407	82.047	81.360	80.375	79.093	77.475	75.551	73.358	70.820	67.977	62.168	57.402	53.095	49.245	46.067	
Deutsche	74.638	74.149	73.006	71.525	69.706	67.533	65.029	62.237	59.227	56.047	52.612	48.953	41.728	35.693	30.157	25.249	21.183	
Zugewanderte	7.419	8.220	9.401	10.521	11.654	12.842	14.064	15.238	16.324	17.311	18.208	19.023	20.440	21.709	22.938	23.996	24.884	
Bevölkerungszahl Männer (in Tsd.)																		
alte Länder	32.496	32.765	32.915	32.808	32.558	32.232	31.800	31.211	30.463	29.576	28.572	27.489	25.383	23.695	22.113	20.632	19.437	
Deutsche	28.702	28.605	28.221	27.617	26.878	26.049	25.111	24.044	22.863	21.590	20.244	18.859	16.229	14.400	11.973	10.082	8.538	
Zugewanderte	3.794	4.160	4.694	5.191	5.681	6.183	6.690	7.167	7.600	7.985	8.328	8.630	9.154	9.654	10.141	10.549	10.898	
neue Länder	7.496	7.466	7.443	7.427	7.351	7.168	6.916	6.651	6.387	6.102	5.769	5.404	4.718	4.136	3.617	3.260	2.932	
Deutsche	7.268	7.204	7.129	7.063	6.932	6.688	6.371	6.042	5.718	5.377	4.994	4.582	3.807	3.130	2.514	2.067	1.655	
Zugewanderte	228	263	313	364	419	481	545	609	669	724	775	822	912	1.006	1.103	1.193	1.276	
Deutschland	39.992	40.231	40.357	40.235	39.909	39.400	38.716	37.862	36.849	35.678	34.341	32.893	30.102	27.831	25.730	23.892	22.368	
Deutsche	35.970	35.809	35.350	34.680	33.809	32.736	31.481	30.086	28.580	26.968	25.238	23.441	20.036	17.171	14.487	12.150	10.194	
Zugewanderte	4.022	4.422	5.007	5.555	6.100	6.664	7.235	7.776	8.269	8.710	9.103	9.452	10.066	10.660	11.243	11.743	12.175	
Bevölkerungszahl Frauen (in Tsd.)																		
alte Länder	34.192	34.354	34.367	34.194	33.932	33.641	33.285	32.771	32.109	31.342	30.441	29.390	27.055	25.137	23.499	21.877	20.562	
Deutsche	30.909	30.704	30.172	29.479	28.687	27.837	26.902	25.829	24.646	23.405	22.070	20.621	17.608	15.128	12.951	10.868	9.183	
Zugewanderte	3.283	3.650	4.195	4.715	5.245	5.804	6.383	6.943	7.463	7.937	8.371	8.769	9.447	10.009	10.548	11.010	11.378	
neue Länder	7.873	7.784	7.683	7.618	7.519	7.334	7.092	6.841	6.593	6.339	6.038	5.694	5.011	4.425	3.866	3.476	3.137	
Deutsche	7.760	7.636	7.484	7.366	7.210	6.960	6.646	6.321	6.001	5.674	5.303	4.892	4.084	3.394	2.719	2.232	1.806	
Zugewanderte	113	148	199	251	309	375	446	519	592	665	735	802	927	1.041	1.147	1.243	1.331	
Deutschland	42.065	42.138	42.050	41.812	41.451	40.975	40.377	39.613	38.702	37.680	36.479	35.083	32.066	29.572	27.365	25.353	23.698	
Deutsche	38.669	38.340	37.656	36.845	35.897	34.797	33.548	32.151	30.644	29.079	27.374	25.512	21.693	18.522	15.670	13.100	10.989	
Zugewanderte	3.397	3.798	4.394	4.967	5.554	6.179	6.829	7.462	8.055	8.602	9.106	9.571	10.374	11.049	11.695	12.253	12.709	
Zahl der 0-unter 20jährigen gesamt (in Tsd.)																		
alte Länder	14.303	14.310	13.845	12.764	11.717	10.864	10.437	10.161	9.766	9.233	8.695	8.281	7.804	7.289	6.813	6.526	6.249	
Deutsche	12.335	12.184	11.449	10.198	9.097	7.592	7.186	6.649	6.000	5.383	4.900	4.245	3.563	2.955	2.533	2.135	1.864	
Zugewanderte	1.968	2.126	2.396	2.566	2.698	2.767	2.844	2.975	3.117	3.233	3.312	3.382	3.559	3.726	3.888	3.993	4.114	
neue Länder	3.359	3.044	2.577	2.242	2.374	2.302	2.067	1.800	1.620	1.565	1.530	1.439	1.209	1.113	1.012	914	863	
Deutsche	3.293	2.964	2.474	2.118	2.229	2.133	1.874	1.581	1.374	1.294	1.236	1.124	852	717	582	453	372	
Zugewanderte	65	80	103	125	145	169	193	219	246	271	295	316	357	396	430	462	491	
Deutschland	17.661	17.354	16.422	15.007	14.091	13.166	12.504	11.961	11.386	10.798	10.225	9.721	9.013	8.401	7.825	7.440	7.112	
Deutsche	15.628	15.148	13.922	12.316	11.247	10.230	9.467	8.768	8.023	7.293	6.619	6.023	5.097	4.280	3.537	2.985	2.507	
Zugewanderte	2.033	2.206	2.499	2.691	2.844	2.936	3.037	3.194	3.363	3.504	3.606	3.698	3.916	4.122	4.288	4.455	4.605	
Zahl der 0-unter 20jährigen Männer (in Tsd.)																		
alte Länder	7.337	7.338	7.090	6.530	5.991	5.554	5.336	5.195	4.993	4.720	4.445	4.233	3.989	3.725	3.482	3.335	3.194	
Deutsche	6.319	6.243	5.862	5.218	4.612	4.141	3.884	3.676	3.402	3.069	2.754	2.507	2.172	1.823	1.512	1.296	1.092	
Zugewanderte	1.018	1.095	1.228	1.312	1.378	1.413	1.452	1.518	1.591	1.650	1.691	1.727	1.817	1.903	1.970	2.039	2.101	
neue Länder	1.729	1.564	1.326	1.153	1.218	1.179	1.058	921	828	800	783	736	618	569	518	468	441	
Deutsche	1.693	1.523	1.273	1.090	1.144	1.093	960	809	703	662	632	575	436	367	298	232	190	
Zugewanderte	36	42	53	64	74	86	98	111	125	138	150	161	182	202	220	236	251	
Deutschland	9.066	8.902	8.415	7.683	7.209	6.733	6.393	6.116	5.821	5.520	5.227	4.969	4.607	4.294	4.000	3.803	3.635	
Deutsche	8.012	7.765	7.135	6.307	5.756	5.234	4.843	4.486	4.105	3.732	3.387	3.082	2.608	2.190	1.810	1.528	1.283	
Zugewanderte	1.054	1.137	1.280	1.376	1.452	1.499	1.550	1.630	1.716	1.789	1.841	1.888	1.999	2.105	2.190	2.275	2.352	
Zahl der 0-unter 20jährigen Frauen (in Tsd.)																		
alte Länder	6.966	6.972	6.755	6.235	5.726	5.311	5.101	4.966	4.773	4.513	4.250	4.048	3.815	3.563	3.331	3.191	3.056	
Deutsche	6.016	5.941	5.586	4.981	4.407	3.956	3.709	3.510	3.247	2.930	2.629	2.393	2.073	1.740	1.443	1.237	1.043	
Zugewanderte	950	1.031	1.169	1.254	1.320	1.355	1.392	1.456	1.526	1.582	1.621	1.655	1.742	1.823	1.888	1.954	2.013	
neue Länder	1.630	1.480	1.251	1.089	1.156	1.123	1.009	879	791	765	748	703	591	544	495	447	422	
Deutsche	1.600	1.442	1.201	1.028	1.085	1.040	915	772	671	631	603	548	416	350	284	221	181	
Zugewanderte	29	38	50	61	71	83	95	107	121	133	144	155	175	194	211	226	240	
Deutschland	8.596	8.452	8.006	7.324	6.882	6.433	6.110	5.846	5.565	5.277	4.998	4.751	4.406	4.107	3.826	3.638	3.477	
Deutsche	7.616	7.383	6.787	6.009	5.491	4.996	4.623	4.282	3.918	3.562	3.232	2.941	2.489	2.090	1.727	1.458	1.224	
Zugewanderte	980	1.069	1.219	1.315	1.391	1.437	1.487	1.564	1.646	1.716	1.765	1.810	1.917	2.017	2.098	2.180	2.253	
Zahl der 20-unter 40jährigen gesamt (in Tsd.)																		
alte Länder	20.145	19.178	16.969	15.334	15.137	15.255	14.892	13.909	12.930	12.109	11.689	11.417	10.496	9.552	9.078	8.565	8.092	
Deutsche	17.216	16.080	13.876	12.351	12.222	12.113	11.389	10.157	8.997	8.088	7.590	7.188	6.010	4.917	4.267	3.588	2.983	
Zugewanderte	2.928	3.098	3.093	2.983	2.915	3.141	3.503	3.753	3.933	4.020	4.099	4.229	4.486	4.634	4.811	4.977	5.108	
neue Länder	4.408	4.299	4.060	3.965	3.605	3.142	2.694	2.373	2.505	2.433	2.2							

Tabelle 2b
Bevölkerungsprojektion 5

	1998	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2060	2070	2080	2090	2100	
Zahl der 40-unter 60jährigen Männer (in Tsd.)																		
alte Länder	8.916	8.997	9.966	10.735	10.537	9.788	8.723	7.979	7.958	8.053	7.875	7.389	6.512	6.179	5.723	5.257	5.023	
Deutsche	7.993	7.964	8.665	9.139	8.652	7.779	6.733	6.040	6.024	5.994	5.639	5.052	4.024	3.587	3.002	2.461	2.138	
Zugewanderte	923	1.033	1.300	1.597	1.885	2.009	1.990	1.939	1.953	2.059	2.236	2.357	2.487	2.593	2.721	2.796	2.884	
neue Länder	2.147	2.150	2.331	2.451	2.305	2.218	2.110	2.058	1.851	1.608	1.389	1.236	1.060	1.014	902	839	726	
Deutsche	2.092	2.075	2.217	2.298	2.126	2.030	1.924	1.881	1.674	1.419	1.182	1.013	1.010	739	601	516	382	
Zugewanderte	55	76	114	153	180	189	186	177	189	207	223	250	250	275	301	323	344	
Deutschland	11.063	11.148	12.296	13.186	12.842	12.006	10.832	10.037	9.809	9.661	9.264	8.625	7.771	7.193	6.625	6.096	5.749	
Deutsche	10.086	10.039	10.882	11.436	10.778	9.809	8.657	7.921	7.698	7.412	6.821	6.045	5.034	4.325	3.602	2.977	2.521	
Zugewanderte	978	1.109	1.414	1.750	2.065	2.198	2.176	2.116	2.111	2.248	2.443	2.580	2.737	2.868	3.023	3.119	3.228	
Zahl der 40-unter 60jährigen Frauen (in Tsd.)																		
alte Länder	8.737	8.804	9.703	10.422	10.261	9.601	8.615	7.902	7.826	7.891	7.724	7.256	6.395	6.063	5.617	5.160	4.931	
Deutsche	7.956	7.912	8.592	9.072	8.641	7.799	6.744	6.011	5.933	5.871	5.521	4.928	3.934	3.499	2.928	2.399	2.084	
Zugewanderte	781	893	1.111	1.350	1.620	1.802	1.872	1.891	1.893	2.020	2.204	2.328	2.461	2.564	2.689	2.761	2.847	
neue Länder	2.115	2.089	2.219	2.306	2.121	2.022	1.933	1.915	1.770	1.563	1.352	1.203	1.237	998	886	825	714	
Deutsche	2.094	2.057	2.167	2.228	2.017	1.897	1.790	1.759	1.600	1.375	1.146	980	988	723	586	503	373	
Zugewanderte	21	32	52	78	103	125	143	156	170	187	206	223	250	274	300	321	341	
Deutschland	10.852	10.893	11.922	12.728	12.382	11.623	10.548	9.817	9.596	9.454	9.077	8.459	7.633	7.060	6.502	5.985	5.644	
Deutsche	10.050	9.968	10.758	11.299	10.658	9.696	8.534	7.771	7.533	7.247	6.667	5.908	4.922	4.222	3.513	2.902	2.456	
Zugewanderte	802	924	1.164	1.428	1.724	1.927	2.014	2.047	2.063	2.207	2.410	2.551	2.711	2.838	2.989	3.083	3.188	
Zahl der 20-unter 60jährigen gesamt (in Tsd.)																		
alte Länder	37.798	36.980	36.638	36.491	35.936	34.644	32.230	29.790	28.714	28.053	27.288	26.062	23.403	21.793	20.417	18.982	18.045	
Deutsche	33.166	31.956	31.133	30.561	29.515	27.691	24.866	22.208	20.955	19.953	18.749	17.148	13.968	12.003	10.196	8.448	7.205	
Zugewanderte	4.632	5.024	5.505	5.930	6.421	6.952	7.364	7.582	7.759	8.099	8.538	8.914	9.434	9.791	10.221	10.534	10.840	
neue Länder	8.671	8.538	8.609	8.722	8.031	7.382	6.736	6.346	6.126	5.603	4.942	4.375	4.200	3.590	3.137	2.918	2.594	
Deutsche	8.409	8.227	8.234	8.288	7.540	6.836	6.138	5.740	5.442	4.870	4.147	3.521	3.241	2.536	1.991	1.690	1.291	
Zugewanderte	262	311	376	434	491	546	598	637	679	733	795	854	959	1.053	1.146	1.228	1.303	
Deutschland	46.469	45.518	45.247	45.213	43.966	42.026	38.966	36.136	34.839	33.656	32.229	30.437	27.603	25.383	23.554	21.900	20.639	
Deutsche	41.575	40.183	39.366	38.849	37.055	34.527	31.004	27.918	26.402	24.823	22.896	20.669	17.209	14.539	12.187	10.138	8.497	
Zugewanderte	4.894	5.334	5.880	6.364	6.911	7.499	7.962	8.219	8.438	8.833	9.333	9.768	10.394	10.844	11.367	11.762	12.143	
Zahl der 20-unter 60jährigen Männer (in Tsd.)																		
alte Länder	19.239	18.803	18.601	18.515	18.240	17.564	16.309	15.060	14.537	14.214	13.822	13.198	11.851	11.037	10.340	9.612	9.136	
Deutsche	16.722	16.106	15.684	15.293	14.868	13.955	12.541	11.219	10.611	10.111	9.511	8.699	7.091	6.096	5.179	4.292	3.664	
Zugewanderte	2.517	2.696	2.917	3.122	3.372	3.609	3.768	3.841	3.926	4.096	4.312	4.499	4.760	4.941	5.160	5.320	5.476	
neue Länder	4.472	4.423	4.474	4.531	4.173	3.833	3.492	3.274	3.131	2.848	2.510	2.222	2.127	1.817	1.589	1.477	1.314	
Deutsche	4.287	4.213	4.233	4.265	3.886	3.527	3.170	2.943	2.787	2.479	2.111	1.793	1.645	1.287	1.012	859	657	
Zugewanderte	185	210	241	266	288	307	322	330	344	369	399	429	482	530	577	619	657	
Deutschland	23.711	23.226	23.075	23.046	22.413	21.397	19.801	18.333	17.668	17.062	16.332	15.420	13.978	12.855	11.928	11.089	10.450	
Deutsche	21.008	20.319	19.917	19.657	18.753	17.481	15.711	14.162	13.398	12.597	11.621	10.492	8.736	7.383	6.191	5.151	4.317	
Zugewanderte	2.702	2.907	3.158	3.388	3.660	3.916	4.090	4.171	4.270	4.464	4.711	4.928	5.242	5.471	5.737	5.939	6.132	
Zahl der 20-unter 60jährigen Frauen (in Tsd.)																		
alte Länder	18.559	18.177	18.037	17.977	17.696	17.080	15.921	14.730	14.177	13.839	13.465	12.864	11.551	10.756	10.078	9.370	8.909	
Deutsche	16.444	15.850	15.449	15.168	14.647	13.737	12.325	10.989	10.344	9.835	9.239	8.449	6.878	5.907	5.017	4.156	3.545	
Zugewanderte	2.115	2.327	2.588	2.808	3.048	3.343	3.596	3.741	3.833	4.004	4.227	4.415	4.674	4.849	5.061	5.214	5.364	
neue Länder	4.199	4.115	4.135	4.191	3.857	3.549	3.244	3.073	2.995	2.755	2.432	2.153	2.073	1.773	1.548	1.441	1.281	
Deutsche	4.122	4.015	4.001	4.023	3.655	3.309	2.968	2.767	2.661	2.390	2.036	1.728	1.596	1.249	979	831	635	
Zugewanderte	77	100	134	167	203	240	276	306	335	365	396	425	477	524	569	609	646	
Deutschland	22.758	22.292	22.172	22.167	21.553	20.629	19.165	17.803	17.172	16.594	15.897	15.017	13.625	12.528	11.626	10.811	10.190	
Deutsche	20.566	19.865	19.449	19.192	18.302	17.046	15.293	13.756	13.004	12.226	11.275	10.177	8.473	7.155	5.996	4.987	4.179	
Zugewanderte	2.192	2.427	2.722	2.976	3.251	3.583	3.872	4.047	4.168	4.368	4.622	4.840	5.151	5.373	5.630	5.824	6.010	
Zahl der 60jährigen und älteren gesamt (in Tsd.)																		
alte Länder	14.587	15.829	16.799	17.746	18.837	20.365	22.419	24.032	24.092	23.632	23.030	22.536	21.232	19.750	18.382	17.001	15.704	
Deutsche	14.110	15.169	15.811	16.337	17.031	18.098	19.554	20.479	19.905	19.042	18.182	17.432	15.624	13.603	11.773	9.969	8.381	
Zugewanderte	477	660	987	1.410	1.807	2.267	2.864	3.553	4.187	4.590	4.848	5.104	5.608	6.146	6.609	7.032	7.323	
neue Länder	3.340	3.668	3.940	4.081	4.465	4.819	5.205	5.346	5.234	5.272	5.335	5.283	4.320	3.868	3.334	2.904	2.612	
Deutsche	3.326	3.648	3.906	4.024	4.373	4.678	5.004	5.073	4.897	4.888	4.914	4.829	3.798	3.271	2.660	2.157	1.798	
Zugewanderte	14	21	34	57	93	140	201	273	337	384	421	454	522	597	673	747	813	
Deutschland	17.927	19.497	20.738	21.827	23.303	25.183	27.624	29.377	29.325	28.905	28.365	27.819	25.553	23.618	21.716	19.904	18.315	
Deutsche	17.436	18.817	19.717	20.361	21.403	22.776	24.559	25.551	24.802	23.930	23.096	22.262	19.422	16.874	14.433	12.126	10.179	
Zugewanderte	491	680	1.021	1.467	1.899	2.408	3.065	3.826	4.523	4.974	5.269	5.558	6.130	6.744	7.283	7.778	8.136	
Zahl der 60jährigen und älteren Männer (in Tsd.)																		
alte Länder	5.920	6.624	7.224	7.763	8.328	9.114	10.156	10.956	10.933	10.642	10.305	10.058	9.543	8.932	8.292	7.685	7.107	
Deutsche	5.661	6.256	6.674	7.007	7.398	7.953	8.686	9.149	8.850	8.403	7.980	7.653	6.967	6.122	5.282	4.494	3.786	
Zugewanderte	259	368	549	757	930	1.161	1.470	1.808	2.083	2.239	2.325	2.404	2.577	2.810	3.010	3.190	3.321	
neue Länder	1.296	1.479	1.643	1.743	1.959	2.156	2.366	2.427	2.453	2.476	2.446	2.466	1.973	1.7				

Tabelle 2c
Bevölkerungsprojektion 5

	1998	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050	2060	2070	2080	2090	2100
Zahl der 80jährigen und älteren Frauen (in Tsd.)																	
alte Länder	1.843	1.909	2.275	2.502	2.672	3.173	3.273	3.379	3.605	4.042	4.651	4.992	4.161	3.888	3.949	3.480	3.187
Deutsche	1.817	1.879	2.228	2.431	2.565	3.004	3.027	3.019	3.150	3.509	4.003	4.187	3.159	2.873	2.794	2.183	1.847
Zugewanderte	26	30	47	71	107	169	246	359	454	533	648	805	1.002	1.015	1.155	1.297	1.340
neue Länder	387	401	481	562	635	775	800	769	852	946	1.049	1.031	884	968	647	639	585
Deutsche	386	400	479	559	631	768	791	755	831	916	1.007	974	806	875	534	509	443
Zugewanderte	1	1	2	3	5	7	10	14	21	30	42	57	79	93	112	130	142
Deutschland	2.231	2.310	2.756	3.064	3.307	3.948	4.073	4.148	4.457	4.988	5.700	6.022	5.045	4.856	4.596	4.119	3.772
Deutsche	2.204	2.278	2.707	2.990	3.196	3.772	3.818	3.775	3.982	4.425	5.010	5.161	3.965	3.748	3.328	2.692	2.290
Zugewanderte	27	32	49	74	111	176	256	373	475	563	689	861	1.081	1.109	1.267	1.426	1.483
Jugendquotient																	
alte Länder	37,8	38,7	37,8	35,0	32,6	31,4	32,4	34,1	34,0	32,9	31,9	31,8	33,3	33,4	33,4	34,4	34,6
Deutsche	37,2	38,1	36,8	33,4	30,6	29,2	30,5	32,4	31,7	30,1	28,7	28,6	30,4	29,7	29,0	30,0	29,6
Zugewanderte	42,5	42,3	43,5	43,3	42,0	39,8	38,6	39,2	40,2	39,9	38,8	37,9	37,7	38,1	37,7	37,9	38,0
neue Länder	38,7	35,7	29,9	25,7	29,6	31,2	30,7	28,4	26,4	27,9	31,0	32,9	28,8	31,0	32,3	31,3	33,3
Deutsche	39,2	36,0	30,0	25,6	29,6	31,2	30,5	27,7	25,2	26,6	29,8	31,9	26,3	28,3	29,2	26,8	28,8
Zugewanderte	25,0	25,6	27,4	28,8	29,6	30,9	32,2	34,4	36,2	37,0	37,1	37,0	37,2	37,6	37,5	37,6	37,7
Deutschland	38,0	38,1	36,3	33,2	32,0	31,3	32,1	33,1	32,7	32,1	31,7	31,9	32,7	33,1	33,2	34,0	34,5
Deutsche	37,6	37,7	35,4	31,7	30,4	29,6	30,5	31,4	30,4	29,4	28,9	29,1	29,6	29,4	29,0	29,4	29,5
Zugewanderte	41,5	41,3	42,5	42,3	41,1	39,2	38,1	38,9	39,9	39,7	38,6	37,9	37,7	38,0	37,7	37,9	37,9
Altenquotient																	
alte Länder	38,6	42,8	45,9	48,6	52,4	58,8	69,6	80,7	83,9	84,2	84,4	86,5	90,7	90,6	90,0	89,6	87,0
Deutsche	42,5	47,5	50,8	53,5	57,7	65,4	78,6	92,2	95,0	94,0	97,0	101,7	111,9	113,3	115,5	118,0	116,3
Zugewanderte	10,3	13,1	17,9	23,8	28,1	32,6	38,9	46,9	54,0	56,7	56,8	57,3	59,4	62,8	64,7	66,8	67,6
neue Länder	38,5	43,0	45,8	46,8	55,6	65,3	77,3	84,2	85,4	94,1	108,0	120,8	102,9	107,8	106,3	99,5	100,7
Deutsche	39,6	44,3	47,4	48,6	58,0	68,4	81,5	88,8	89,9	100,4	118,5	137,2	117,2	129,0	133,6	127,6	139,2
Zugewanderte	5,3	6,6	9,0	13,1	18,9	25,7	33,6	42,8	49,6	52,4	52,9	53,2	54,4	56,7	58,8	60,8	62,4
Deutschland	38,6	42,8	45,8	48,3	53,0	59,9	70,9	81,3	84,2	85,9	88,0	91,4	92,6	93,0	92,2	90,9	88,7
Deutsche	41,9	46,8	50,1	52,4	57,8	66,0	79,2	91,5	93,9	96,4	100,9	107,7	112,9	116,1	118,4	119,6	119,8
Zugewanderte	10,0	12,8	17,4	23,0	27,5	32,1	38,5	46,5	53,6	56,3	56,5	56,9	59,0	62,2	64,1	66,1	67,0
Geburten (in Tsd.)																	
alte Länder	690,8	650,9	556,9	516,5	509,8	508,7	489,6	452,8	415,5	394,7	387,8	382,1	351,9	325,1	314,4	298,8	286,0
Deutsche	562,8	520,1	430,1	394,4	386,9	376,3	346,7	304,5	265,5	242,4	230,7	219,0	180,3	147,6	129,4	107,8	89,7
Zugewanderte	128,0	130,9	126,8	122,1	122,9	132,4	142,9	148,2	150,0	152,3	157,1	163,0	171,6	177,5	183,0	191,0	196,3
neue Länder	104,4	111,9	128,2	129,6	106,1	78,9	73,7	78,9	81,0	73,9	62,8	56,3	55,9	49,3	43,8	42,3	38,7
Deutsche	100,3	107,2	122,7	123,5	99,1	70,6	63,9	67,8	68,7	60,6	48,4	40,9	38,5	30,2	23,0	20,0	15,1
Zugewanderte	4,1	4,7	5,5	6,1	7,0	8,3	9,8	11,2	12,3	13,3	14,3	15,4	17,4	19,1	20,8	22,2	23,6
Deutschland	795,2	762,8	685,1	646,1	615,9	587,6	563,3	531,7	496,4	468,6	450,6	438,4	407,8	374,4	358,1	341,1	324,7
Deutsche	663,1	627,2	552,8	518,0	486,0	446,8	410,6	373,2	334,1	303,0	279,1	259,9	218,8	177,8	152,4	127,8	104,8
Zugewanderte	132,1	135,6	132,3	128,2	129,9	140,8	152,7	159,4	162,3	165,6	171,4	178,4	189,0	196,7	205,8	213,3	219,9
Sterbefälle (in Tsd.)																	
alte Länder	661,7	660,7	674,9	705,1	748,4	782,9	818,8	850,8	869,0	894,5	939,7	974,4	920,1	801,1	789,8	738,2	661,9
Deutsche	647,8	644,7	652,7	674,4	706,1	725,7	744,3	756,7	755,0	760,0	784,6	798,8	712,3	581,9	555,7	478,5	387,0
Zugewanderte	13,9	16,0	22,2	30,7	42,3	57,1	74,5	94,1	114,0	134,4	155,2	175,7	207,8	219,2	234,1	259,6	274,9
neue Länder	161,2	157,3	155,7	161,1	172,9	183,0	192,7	198,5	200,3	204,1	214,3	217,7	197,0	180,9	156,4	124,6	124,2
Deutsche	160,7	156,6	154,7	159,6	170,7	179,9	188,3	192,4	192,3	193,7	201,6	202,7	178,5	160,5	133,5	98,2	93,2
Zugewanderte	0,5	0,6	1,0	1,5	2,2	3,1	4,4	6,0	8,0	10,3	12,7	15,0	18,5	20,4	23,0	26,3	29,1
Deutschland	823,0	818,0	830,6	866,2	921,3	965,9	1.011,5	1.049,2	1.069,3	1.098,5	1.154,0	1.192,2	1.117,2	982,0	946,2	862,7	784,3
Deutsche	808,5	801,3	807,4	834,0	876,8	905,7	932,6	949,1	947,3	953,8	986,1	1.001,5	890,8	742,4	689,1	576,8	480,2
Zugewanderte	14,4	16,7	23,2	32,2	44,5	60,2	78,9	100,1	122,0	144,7	167,9	190,7	226,3	239,6	257,1	286,0	304,1
Saldo aus Geburten und Sterbefällen (in Tsd.)																	
alte Länder	29,1	-9,8	-118,0	-188,6	-238,6	-274,2	-329,2	-398,0	-453,5	-499,7	-551,9	-592,4	-568,2	-476,0	-475,4	-439,3	-375,9
Deutsche	-85,0	-124,6	-222,6	-280,0	-319,2	-349,5	-397,6	-452,2	-489,5	-517,6	-553,8	-579,7	-532,0	-434,3	-426,3	-370,7	-297,3
Zugewanderte	114,1	114,9	104,6	91,3	80,6	75,3	68,3	54,2	36,0	17,9	1,9	-12,7	-36,2	-41,7	-49,1	-68,6	-78,6
neue Länder	-56,8	-45,4	-27,5	-31,5	-66,8	-104,1	-118,9	-119,5	-119,4	-130,2	-151,5	-161,4	-141,1	-131,6	-112,7	-82,3	-83,7
Deutsche	-60,4	-49,5	-32,0	-36,1	-71,6	-109,3	-124,4	-124,7	-123,7	-133,2	-153,1	-161,8	-140,0	-130,3	-110,5	-78,2	-78,1
Zugewanderte	3,6	4,1	4,5	4,6	4,8	5,2	5,4	5,1	4,3	3,0	1,6	0,4	-1,1	-1,3	-2,2	-4,1	-5,6
Deutschland	-27,7	-55,2	-145,5	-220,1	-305,4	-378,3	-448,2	-517,5	-572,9	-629,9	-703,4	-753,8	-709,4	-607,6	-588,1	-521,6	-459,6
Deutsche	-145,4	-174,1	-254,6	-316,1	-390,8	-458,8	-521,9	-576,8	-613,2	-650,8	-707,0	-741,5	-672,1	-564,6	-536,8	-448,9	-375,4
Zugewanderte	117,7	118,9	109,1	96,0	85,4	80,5	73,8	59,3	40,3	20,8	3,5	-12,3	-37,3	-43,0	-51,3	-72,7	-84,2
Annahmen																	
Lebenserwartung der Männer im Alter 0																	
alte Länder	74,0	74,4	75,3	76,0	76,7	77,4	78,0	78,5	78,9	79,3	79,7	80,0	80,6	80,9	80,9	80,9	80,9
Deutsche	80,4	80,4	80,5	80,5	80,5	80,6	80,6	80,6	80,7	80,7	80,7	80,8	80,8	81,0	81,1	81,1	81,1
neue Länder	72,3	73,0	74,5	75,7	76,5	77,4	78,0	78,5	78,9	79,3	79,6	79,9	80,5	80,9	80,9	80,9	80,9
Deutsche	80,4	80,4	80,5	80,5	80,5	80,6	80,6	80,7	80,7	80,7	80,7	80,8	80,8	81,0	81,1	81,1	81,1
Lebenserwartung der Frauen im Alter 0																	
alte Länder	80,8	81,3	82,1	82,9	83,5	84,1	84,6	85,0	85,4	85,7	86,0	86,3	86,7	86,8	86,9	86,9	86,9
Deutsche	85,4	85,5	85,6	85,7	85,8	85,9	86,0	86,1	86,3	86,4	86,5	86,6	86,8	87,0	87,1	87,1	87,1
neue Länder	79,5	80,2	81,6	82,6	83,4	84,0	84,6	85,1	85,5	85,8	86,0	86,3	86,6	86,8	86,9	86,9	86,9
Deutsche	85,4	85,5	85,6	85,7	85,8	85,9</											

Tabelle 3

Fiskalische Wirkungen der Zuwanderung

Direkte fiskalische Auswirkungen der Zuwanderung pro Zuwanderer¹⁾				
- Westdeutschland 1997 -				
	Zuwanderer ²⁾			
	Aufenthaltsdauer			Insgesamt
	0-10	10-25	25+	
- in DM -				
<i>Einnahmenseite</i>				
Einnahmen GKV	1.817	2.237	3.792	2.773
Einnahmen GRV	4.053	4.731	6.330	5.290
Einnahmen SPV	252	311	470	368
Einnahmen Arbeitslosenv.	701	1.091	1.393	1.157
Steuereinnahmen	6.044	6.046	9.687	7.576
Einnahmen insgesamt	12.866	14.415	21.672	17.164
<i>Ausgabenseite</i>				
GKV	2.970	2.321	3.696	3.018
Implizite Schuld der GRV ³⁾	1.362	1.590	2.128	1.778
Implizite Schuld der SPV ³⁾	67	83	126	98
Ausgaben Arbeitslosenv.	452	667	2.408	1.353
Steuerfinanz. Transfers u. Leistungen ⁴⁾	12.646	12.358	11.644	12.337
Ausgaben insgesamt	17.498	17.019	20.001	18.584
<i>Bilanz</i>				
GKV	-1.154	-84	96	-245
GRV	2.691	3.141	4.202	3.512
SPV	185	228	344	269
Arbeitslosenversicherung	249	424	-1.015	-196
Steuerfinanz. Transfers u. Leistungen	-6.602	-6.312	-1.957	-4.760
Gesamtbilanz	-4.631	-2.603	1.670	-1.419
1) Die Zahlen der vorliegenden Tabelle spiegeln ausschließlich die relative Position derjenigen Zuwanderer wider, die sich im Jahr 1997 in Westdeutschland befanden. Eine direkte Übertragung auf die zu erwartenden Zuwanderer aus den osteuropäischen Ländern ist nicht zulässig, da sich die Struktur zukünftiger Einwanderungskohorten von der des Zuwandererbestandes 1997 unterscheiden dürfte.				
2) Zuwanderer umfassen in Deutschland lebende Personen mit nicht-deutscher Nationalität, aber auch in Deutschland eingebürgerte Personen und Personen mit Müttern nicht-deutscher Nationalität ohne die Gruppe der Aus- und Übersiedler.				
3) Die Berechnung der GRV- und Pflegeausgaben erfolgt nach dem Konzept der Impliziten Steuer.				
4) Leistungen der Gebietskörperschaften an private Haushalte und Durchschnittskosten der Bereitstellung öffentlicher Güter.				

Quelle: SOEP; Berechnungen des ifo Instituts.